

Die „Freie Presse“ erscheint täglich einmal, Sonntags und Feiertags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der jugendliche Genosse“. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Bestellung ins Haus monatlich 21.— M. für den Monat Januar, im voraus zahlbar. Alle Postgebühren nehmen sämtliche Lokalanzeigen, Inserate, Anzeigen, Unterstreifen, Anzeigen in Deutschland, Landausland, das Ausland und Mittelgebirge sowie die weiteren deutschen Gebiete, Polen und Litauen 20.— M., für das übrige Ausland 23.— M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 20

Die jährliche Monopolvereuerung oder deren Neuauflage kostet 2.— M. einschließlich Anzeigen. Kleinanzeigen: Das gedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Anzeigen. Kaufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 1.50 M. jedes weitere Wort 1.50 M. in Wort-Anzeigen: das gedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freie Presse

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Männer und Frauen der Arbeit! Euren Lebensinteressen droht erhöhte Gefahr!

Die Bourgeoisie, verantwortlich für Krieg und Gewalttaten, verfährt es in immer schamloserer und brutalerer Weise die Lasten des Reichshaushalts und der Reparationsverpflichtungen auf die arbeitenden Massen abzuwälzen. Leider unter Mithilfe der Rechtssozialisten.

Rechtssozialisten, Demokraten, Zentrum, Bayerische Volkspartei und Deutsche Volkspartei haben sich für ein Finanz- und Steuerkompromiß zusammengelassen. Das bedeutet für die Bourgeoisie neue Schonung des Besitzes, für die Arbeiter, Angestellten und Beamten weitere Herabdrückung der Lebenshaltung. Es handelt sich um folgendes

Kompromiß:

1. Bei der Vermögenssteuer und der Vermögenszuwachssteuer sind die von der Regierung vorgeschlagenen mittleren Tarife vorzuziehen; der Zuschlag zur Vermögenssteuer soll 200 Prozent betragen. Dazu soll durch Gesetz eine Zwangsanleihe in Höhe des Gegenwertes von einer Milliarde Goldmark angesetzt werden, die in den ersten drei Jahren unverzinslich bleiben soll. Dadurch sollen die Mittel für die Kredite flüssig gemacht werden, die durch das Reichshaushaltsgesetz des Rechnungsjahres 1922 bereitgestellt und nicht für die Verkehrsanklagen bestimmt sind.
2. Die Nachkriegsgewinnsteuer soll fallengelassen werden, da ihre Erhebung den Finanzämtern eine nicht im Verhältnis zum Aufkommen stehende Arbeit verurfachen und die Flüssigmachung der übrigen Steuern erheblich verzögern würde.
3. Bei der Umsatzsteuer soll ausnahmslos ein Satz von 2 Prozent zur Anwendung kommen; die vielfach bestrittene Frage der Umsatzsteuer der Genossenschaften soll aus der Diskussion ausscheiden; insoweit soll es bei der Regierungsvorlage sein Bewenden behalten.
4. Die Kohlensteuer soll grundsätzlich 40 v. H. betragen mit der Möglichkeit der Anpassung an die Wirtschaftslage.
5. Die Zuckerversteuerung wird mit Rücksicht auf die starke Verbesse- rung des Verbrauchs durch die Umsatz- und Kohlensteuer und auf die Bedeutung des Zuckers für die Säuglingsernährung auf 50 Mark für den Doppelzentner festgelegt.
6. Die Zölle auf Kaffee, Tee und Kakao sollen nach den Vorschlägen des Reichswirtschaftsrats bemessen werden.
7. Bei der Biersteuer sollen bezüglich der Steuerhöhe die Beschlüsse erster Lesung aufrechterhalten werden. Die Regelung der Gemeindebesitzbesteuerung soll dem Landessteuergesetz überlassen bleiben.
8. Die Einheit der gesamten Steuervorlagen soll durch ein Mantelgesetz gewährleistet werden; in diesem sollen die Vorschriften über die Zwangsanleihe Aufnahme finden.

Die USPD lehnt das Kompromiß ab aus folgenden Gründen:

Die in den Finanzplan der Regierung neu eingefügte Zwangsanleihe ist nicht das angelegentlichste sichtbare Opfer des Besitzes und entspricht nicht den Forderungen der Arbeiterklasse. Denn sie sichert keineswegs die finanzielle Erfüllung der Reparationsverpflichtungen, bringt auch keine Sanierung der Reichsfinanzen und führt deshalb den notwendigen Stillstand der Rotenpresse nicht herbei. Durch den Verzicht auf die Einziehung des zweiten Drittels des Reichsnotopfers, der für die Bestehenden einen Steuererlaß von 8—10 Milliarden Mark bedeutet, den Verzicht auf die Nachkriegsgewinnsteuer in Höhe von 2—3 Milliarden Mark, die Ermäßigung der Tarife und des Zuschlags der Vermögenssteuern, sowie durch die Veranlagung der Grundstücke zum Ertragswert anstatt zum gemeinen Wert werden die für die Bestehenden in Aussicht genommenen Lasten wiederum erheblich vermindert.

Dagegen bleibt eine die Lohn- und Gehaltsempfänger am meisten bedrückende Papiergeldwirtschaft bestehen. Der Reallohn wird damit in einem Zeitpunkt weiter herabgedrückt, in dem die Erhöhung der Verbrauchsausgaben und eine gewaltige Brotpreissteigerung die soziale Not der breiten Massen ungeheuer steigern.

Eine solche auf den bisherigen unzulänglichen Steuermethoden beruhende Finanzpolitik ist aus innen- und außenpolitischen Gründen gefährlich für die Arbeiterschaft.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hält deshalb nach wie vor an dem von ihr und den ge-

werkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten aufgestellten Finanzprogramm fest.

Nur die Erfüllung dieser Forderungen bietet eine Gewähr dafür, daß der leistungsfähige Besitz ausreichend zur Ueberwindung der Kriegsschäden herangezogen wird und den von ihrer Arbeit lebenden Massen keine weiteren für sie unerträglichen Lasten auferlegt werden.

Dem arbeiterschädigenden rechtssozialistisch-bürgerlichen Kompromiß lehnt die Unabhängige Sozialdemokratie folgende Forderungen entgegen:

- Sofortige Erfassung der Sachwerte;
- Sofortige Erhebung des Restes des Reichsnotopfers;
- Sofortige Einziehung der bisherigen Steuern von den Bestehenden;
- Erhöhung der Ausfuhrabgaben und schärfste Erfassung der Auslandsdevisen.

Die Unabhängige Sozialdemokratie, die Sozialdemokratische Partei, die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten hatten sich über gemeinsame Forderungen verständigt und für gemeinsame Aktionen verpflichtet. Als die erste gemeinsame Aktion der sozialistischen Fraktionen im Reichstag vor sich gehen sollte, liehen die Rechtssozialisten die gemeinsam vereinbarten Forderungen im Stich und schlossen sich mit den bürgerlichen Parteien bis zur Deutschen Volkspartei das oben gekennzeichnete Kompromiß.

So blieb es der Unabhängigen Sozialdemokratie im Reichstag überlassen, für die Forderungen der modernen Arbeiterorganisationen allein einzustehen.

Das rechtssozialistisch-bürgerliche Finanz- und Steuerkompromiß ist ein Ausdruck dafür,

daß tatsächlich auch im Reich die große Regierungskoalition von den Rechtssozialisten bis einschließlich der Deutschen Volkspartei besteht.

Die Rechtssozialisten bildeten seinerzeit mit bürgerlichen Parteien eine Regierung, um die Sozialisierung durchzuführen. Selbst Zentrum und Demokraten versicherten damals, daß sie für Sozialisierung eintreten wollten.

Was ist aus der Sozialisierung geworden?

Nichts!

Die Rechtssozialisten verzichteten auf den Kampf um die Sozialisierung, weil innerhalb der Regierung keine Mehrheit dafür vorhanden sei und weil die Rechtssozialisten als Regierungspartei nicht den Kampf gegen die Regierung aufnehmen können. Durch ihre Beteiligung an der Koalition sehen sich die Rechtssozialisten so selbst außer Gefahr.

Die bürgerlichen Parteien betrachten jetzt die Frage der Sozialisierung als endgültig erledigt und beantworten heute einmütig die Forderung der Sozialisierung mit Hohngelächter.

Wie steht es mit der Ernährungsfrage?

Troßlos!

Das „freie Spiel der Kräfte“ ist an die Stelle der Zwangswirtschaft getreten. Spekulation, Wucher, Anarchie auf wirtschaftlichem Gebiet treiben die Preise für die Lebensmittel dauernd höher und höher. Dazu kommt, daß die Leistung der Zuschüsse des Reichs zur Verbilligung von ausländischem Brotgetreide ausbleibt. Der Preis für ein Brot wird dann auf 14 bis 15 Mark und darüber hinaus in die Höhe schnellen. Die Regierung denkt nicht einmal daran — wie das z. B. in Oesterreich geschah —, durch gesetzgeberische Maßnahmen die Lebenshaltung der Arbeiter, Angestellten und Beamten wenigstens vor diesen Gefährdungen zu schützen. Die natürliche Folge einer solchen Politik ist die weitere Verelendung der Massen.

Obgleich die Rechtssozialisten an der Regierung beteiligt sind, vermochten sie nicht, dieser steigenden Verelendung zu begegnen. Im Gegenteil: niemals sind die Arbeiter, Angestellten und Beamten erbarmungsloser ausgebeutet worden, als in den Zeiten einer rechtssozialistisch-kapitalistischen Regierungskoalition.

Der andauernden Schonung des Besitzes steht die steigende Belastung der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegenüber, verschärft durch sorglose Angriffe auf den Achtstundentag und das Koalitionsrecht.

Schule und öffentliche Erziehung?

Unterliegen mehr und mehr dem reaktionären Einfluß des Zentrums.

Die Kirchenschule des Mittelalters anstatt der modernen Staatsschule, die konfessionelle Festschreibung der Lehrstoffe anstatt

der freien Wissenschaftlichkeit, die Stellung der Lehrer unter die Kontrolle der Geistlichen anstatt einer schöpferischen Entfaltung der Lehrerpersönlichkeit, Zersplitterung anstatt Einheit der Schule: das sind die Errungenschaften der Koalitionspolitik der Rechtssozialisten mit dem Zentrum.

Was früher das Zentrum nicht zu fordern wagte: Unumschränkte Visitation der Schulen durch die Geistlichkeit, wird jetzt offen im Reichstag gefordert. Und das geschieht, nachdem durch die Revolution die geistliche Schulaufsicht aufgehoben wurde. Noch mehr: Die Anzahl der Stunden für den Religionsunterricht soll durch die Kirche festgesetzt werden. Auch nach den Fortbildungsschulen streift das Zentrum seine Hände aus. Die Koalition mit den Rechtssozialisten wird die Mittel dazu ebensowenig daran hindern, wie sie das Zentrum nicht daran hindert hat, das Jugendwohlfahrtsgesetz gründlich zu konfessionalisieren: keigernde kulturelle Verfallung, das ist auf diesem Gebiete das Ergebnis der rechtssozialistischen Koalitionspolitik.

Und der Schutz der Republik?

bleibt dem revolutionären Proletariat überlassen!

Nach den Worten an Garbis und an Erzberger fanden sich die Arbeiter, Angestellten und Beamten in geschlossener Front zusammen, bereit, die Reaktion abzuwehren und die Republik zu schützen. Die Rechtssozialisten sprachen sogar zuerst von einem notwendigen Gesetz zum Schutz der Republik. Verwallung, Justiz, Reichswehr und Polizei sollten an Haupt und Gliedern reformiert und zu zuverlässigen Organen der Republik gemacht werden. Bevor aber die geschlossene Macht des Proletariats eingesetzt werden konnte, gingen die Rechtssozialisten nach Göring und beschlossen dort ihre Bereitschaft, sich auch mit der Deutschen Volkspartei zu koalieren. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten wurden von den Rechtssozialisten ihrem Schicksal überlassen.

Seither wütet die Klassenjustiz nur ungenierter, verhöhnt die Reichswehr, die Republik nur frecher, sitzen die reaktionären monarchistischen Elemente nur sicherer in der Verwaltung.

Wo sind die Erfolge der rechtssozialistischen Koalitionspolitik für die Arbeiter, Angestellten und Beamten? Die Arbeiter, Angestellten und Beamten sind durch diese Koalitionspolitik in ihren elementarsten Lebensinteressen geschädigt worden. Erfolgreich ist diese Koalitionspolitik gewesen für die Bourgeoisie.

Die rechtssozialistische Koalitionspolitik hat vollkommen Bankrott gemacht!

Daraus gilt es, die Lehre zu ziehen. Nicht rechtssozialistische Koalitionspolitik ist es, was die Arbeiter, Angestellten und Beamten aus Not und Unterdrückung zu befreien vermag, sondern

der geschlossene Klassenkampf des Proletariats um die Eroberung der Macht!

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Wartet eure Arbeitsbrüder und Arbeitsbrüderinnen über die für euch verderblichen Resultate der rechtssozialistischen Koalitionspolitik auf!

Werdet in der Werkstatt und in der Fabrik, auf dem Bau und im Bureau, werdet in den Organisationen der Gewerkschaften, der Angestellten und Beamten unermüdbar Klassenkämpfer für den revolutionären Sozialismus!

Arbeiter, Angestellte, Beamte im rechtssozialistischen Lager, brecht endlich mit der rechtssozialistischen Koalitionspolitik! Solange ihr euch der Politik der kapitalistischen Parteien anpaßt, ist die Geschlossenheit, die Einheit des Proletariats nicht herbeizuführen!

Die Geschlossenheit und die Einheit des Proletariats wird nur im Klassenkampf gegen den Kapitalismus erlangen.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Erhebt in Massenversammlungen eure Stimmen für die Finanz- und Steuerforderungen der Unabhängigen Sozialdemokratie! Damit wirkt ihr für die gemeinsamen Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten-Organisationen, die die Rechtssozialisten preisgegeben haben.

Sind so durch eure unermüdbare Werbetätigkeit die breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung zu der Erkenntnis gebracht, daß ihre Lebensinteressen die Erfüllung dieser Forderungen bedingen, dann wird in deren gemeinsamer Verechtung das Proletariat seine einflussplägende Zersplitterung in steigendem Maße überwinden, bis es schließlich durch einheitliche Machtbetätigung seine großen Ziele verwirklichen kann.

Berlin, den 29. Januar 1922.

Zentralleitung und Parteirat der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Geschäftszerrüttung durch die Reichstagsmehrheit

Von G. Lebebour

Am Freitag hat die Reichstagsmehrheit in geschäftsordnungs-widriger Weise eine in ihrem Interesse gelegene Abstimmung über das von kommunistischer Seite eingebrachte Mißtrauensvotum herbeigeführt. Es ist notwendig, die verwinkelte Borge-schichte dieser Endabstimmung darzustellen, da eifrig daran gearbeitet wird, durch allerhand Einstellungen Verwirrung zu schaffen.

Es wäre eigentlich erforderlich gewesen, daß die auf Grund des Steuerkompromisses zusammengeleitete neue Regierungskoalition durch Einbringung eines Vertrauensvotums für die von ihr gestützte Regierung eine Entschiedenheit des Reichstags herbeizuführen gesucht hätte. Am Donnerstag war es auch schon nach der Rede des Reichskanzlers sofort klar geworden, daß die USP. unter keinen Umständen einem solchen Vertrauensvotum hätte zustimmen können. Eine in diesem Sinne gehaltene Notiz durchlief auch die Presse.

Der erwartete Vertrauensantrag kam jedoch im Verlauf der Verhandlung am Freitag nicht ans Tageslicht. Weshalb die Regierungsparteien nicht zu einer Verständigung kommen konnten, das erhellt klar und deutlich aus der Rede des volksparteilichen Abgeordneten Beder-Hessen. Er gab zwar dem Steuerkompromiß prinzipiell seine Zustimmung, aber mit förmlich Vorbehalten, so vielen Wenn und Aber, daß man hätte glauben können, das Konzept zu seiner Rede habe ihm der ehemalige Reichskanzler Michaelis verfaßt unter Anwendung seiner auf das gegenwärtige Steuerkompromiß angepaßten Auslegungsmethode: „Wie ich es auffasse.“

Stellte doch Herr Beder sogar faktisch in Aussicht, seine Partei werde die definitive Zustimmung zu den einzelnen Steuer-gesetzen von der Durchsagung allerhand sachlicher und persönlicher Sicherheiten abhängig machen.

Das machte es den Staatskünstlern der Koalitionsparteien un-möglich, ein positives Vertrauensvotum zusammenzupacken, auf das sich die gesamte Regierungskoalition hätte vereinigen können. Das war höchst blamabel für die Koalition der Mitte. Selbst von Koalitionszeitungen, z. B. vom „Berliner Tageblatt“, wird das zugegeben.

Da war also guter Rat teuer. Endlich verfielen einige Rechts- sozialisten auf den schlaunen Gedanken: Wie wäre es, wenn wir irgendeine Oppositionspartei dazu verleiten könnten, ein Miß- trauensvotum einzubringen? Dann würde das ein gemein- sames ablehnendes Votum der Regierungskoalition herbeiführen können. Damit hätte man dann immerhin ein Surrogat für das unmögliche Vertrauensvotum!

Gedacht, getan. Sie machten sich an die R. P. D., d. h. an die rechtsliberalen Trümmer der gereinigten kommunistischen Partei heran mit der Frage: „Wollt ihr denn nicht ein Mißtrauens- votum einbringen?“ Und richtig: Die RPDisten fielen auch darauf hinein. Hoch geschmeichelt durch das Vertrauen, das ent- gegengebracht wurde, fabrizierten sie sofort einen Miß- trauensantrag, der dem Präsidium handschriftlich überreicht wurde. — Wohlgehemmt. — als schon der letzte Redner, der Kom- munist Koenen das Wort hatte, so daß, wenn der Antrag für geschäftsordnungsmäßig zulässig erklärt wurde, er nach Schluß von Koenens Rede verlesen und sofort zur Abstimmung gebracht werden konnte.

Bei den andern Fraktionen verbreitete sich nunmehr gerüch- terweise die Nachricht, die R. P. D. habe in letzter Minute noch ein Mißtrauensvotum eingebracht. Ich begab mich sofort zum Prä- sidium, um mir den Wortlaut vorlesen zu lassen, und ersah zu meinem Erstaunen, daß der Antrag nur unterzeichnet war mit „Barz und Genossen“, während § 22 der Geschäftsordnung verlangt: „Alle von Mitgliedern des Reichstages ausgehenden Anträge müssen von mindestens 15 Mitgliedern unterzeichnet sein.“ Die Gruppe der R. P. D. hat aber nach der Abplitterung der R. A. G. nur noch 11 Mitglieder. Die Unterschrift reichte also nicht aus, um den Antrag verhandlungsfähig zu machen. Auf meinen Einspruch erklärte zu meinem Erstaunen der Vizepräsident Bell, daß der Präsident Löbe den Antrag trotzdem akzeptiert habe. Löbe hat sich indes dann überzeugen lassen, daß die Unter- schrift nicht genüge, und gab den Antragstellern den Antrag zurück.

Ein Versuch der Gruppe der R. P. D., von der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft die fehlenden Unterschriften geliefert zu be- kommen, scheiterte. Dagegen beschloß nunmehr die R. A. G., selbst einen eigenen Mißtrauensantrag einzubringen. Er hatte zunächst eine ganz unmögliche Form. Nach meiner Erinne- rung lautete er: „Der Reichstag erklärt, er mißbilligt die Er- klärung der Reichsregierung zu dem Steuerkompromiß.“

Ich machte die Genossen der R. A. G. darauf aufmerksam, daß, abgesehen von der unrichtigen Einleitungsformel, der gewählte Wortlaut darauf hinauskomme, nicht das Steuerkompromiß an sich zu verwerfen, sondern nur die dazu von der Regierung abgegebene Erklärung. Im übrigen rief ich den Antragstellern dringend, von der Einbringung eines solchen Mißtrauensvotums Abstand zu nehmen, wie ja bereits auch andere Parteigenossen den Mitgliedern der R. A. G. ver- geßlich begrifflich zu machen versucht hatten, daß sie mit der Ein- bringung eines Mißtrauensvotums nur die Geschäfte der Regie- rungscoalition besorgen würden.

Das half indes alles nichts. Die R. A. G. blieb bei ihrer Ab- sicht; anstatt nun aber wenigstens ihren Antrag so umzumodeln, daß er sich auf eine Verurteilung des von der Reichsregierung mit den Koalitionsparteien vereinbarten Steuerkompromisses kon- zentrierte, gaben sie ihm schließlich folgenden Wortlaut:

„Der Reichstag wolle beschließen, die Erklärung der Reichs- regierung entspricht nicht den Anschauungen des Reichstages.“ Einem Antrage, der das Steuerkompromiß verur- teilte, hätte die U. S. P. ihre Zustimmung geben können. Dieser allgemeinen Verurteilung der gesamten Regierungs- erklärung konnten wir uns nicht anschließen, wir hätten sonst uns selbst und unseren Redner desavouiert, der auf Grund der vorher in der Fraktionsführung getroffenen Abmachungen zwar das Steuer- kompromiß scharf und entschieden verurteilt, aber gleichzeitig die Fortsetzung der Erfüllungspolitik durch die Regierung nicht ge- billigt hatte. Zum mindesten wäre es absolut notwendig ge- wesen, daß unsere wie die anderen Fraktionen Zeit und Gelegen- heit erhalten hätten, zu dem Mißtrauensvotum Stellung zu nehmen.

Als deshalb nach Schluß der Koenenschen Rede und einigen persönlichen Bemerkungen des Präsidenten den Antrag Plettnex und Genossen ohne weiteres zur Abstimmung bringen wollte, erhob ich Widerspruch unter Hinweis auf § 23 der Geschäftsord- nung, in dem es heißt: „Die Beratung und Abstimmung über einen derartigen Antrag kann, und zwar auch ohne daß er gedruckt vorliegt, in derselben Sitzung, in welcher er eingebracht ist, unter Zustimmung des Antragstellers stattfinden, wenn kein Mit- glied widerspricht.“

Der Präsident Löbe begegnete diesem Widerspruch mit dem Hinweis darauf, daß die bestehende Geschäftsordnung aus einer Zeit herrühre, in der Mißtrauensvoten nicht zulässig waren. Man habe deshalb in der Praxis sich damit gehalten, solche Mißtrauens- voten ohne weiteres zur Abstimmung zuzulassen. Da indessen die Auslegung der Geschäftsordnung freitlig sei, wolle er das Haus

entscheiden lassen. Seine Frage, ob das Haus mit der sofortigen Abstimmung einverstanden sei, wurde mit großer Mehrheit von den Deutschnationalen, der Regierungskoalition und den Kommu- nisten gegen die Unabhängigen bejaht.

Das Verfahren des Präsidenten Löbe und die Abstimmung des Hauses sind ein großer Bruch der Geschäftsordnung. Denn der Hinweis Löbes auf frühere Präzedenzfälle ist deshalb nicht zutreffend, weil in jenen Fällen immer vor der Abstimmung über ein Vertrauensvotum oder Mißtrauensvotum den Fraktionen Gelegenheit zur Verständigung gegeben war und deshalb kein Mit- glied des Hauses Widerspruch erhoben hatte.

Das einzelnen Mitgliedern gewährte Recht, durch Widerspruch eine Abstimmung unmöglich zu machen, für die die sonst in der Geschäftsordnung vorgeschriebenen Vorbereitungen nicht erfüllt sind, ist aber unumgänglich notwendig zum Schutz der Mino- rität gegen Ueberrumpelungen durch eine Mehr- heit. Wenn man, wie Präsident Löbe und die Reichstagsmehr- heit, diesen Minoritätsschutz durch einen einfachen Majoritäts- beschluß beiseiteschiebt, so wird dadurch dieses Einspruchsrecht überhaupt vernichtet. Denn was am Freitag, dem 27. Januar, der damaligen Reichstagsmehrheit (Regierungsparteien, Deutsch- nationale und Kommunisten) beliebt hat, kann natürlich jeder- zeit wiederholt werden, und damit ist ein parlamentarisches Grundrecht zerstört. Es wird deshalb notwendig sein, diese Streit- frage in selbständiger Behandlung im Reichstag zum Austrag zu bringen.

Als am Freitag unter Führung des Präsidenten Löbe die Reichstagsmehrheit den durch die Geschäftsordnung verbotenen Minderheitsschutz niedergetrampelt hatte, ergab sich daraus für unsere Fraktion die Notwendigkeit, uns an dieser geschäfts- ordnungswidrigen Abstimmung nicht zu be- teiligen.

Abgesehen von diesem dem parlamentarischen Recht entnommenen Grunde für die Stimmenthaltung geboten aber auch sachliche Gründe uns die Stimmenthaltung. Wie vorher angeführt wurde, hätten wir für das Mißtrauensvotum nur stimmen können, wenn es sich auf das auch von uns mißbilligte Steuerkompromiß konzentriert hätte. Ablehnen konnten wir das Mißtrauens- votum aber gleichfalls nicht, weil wir damit in die Front der Regierungsparteien eingerückt wären. Unsere Stimmenthal- tung war also nicht, wie unsere verschiedenen Gegner das auszu- legen versuchen, ein Beweis von Unentschiedenheit, sondern viel- mehr der Beweis dafür, daß wir allein von allen Parteien des Reichstages in den strittigen Fragen, sowohl was die Wahrung des parlamentarischen Rechtes wie das die sachliche Stellungnahme anbetrifft, einwandfrei und entschieden unseren Grundlinien gemäß gehandelt haben.

Wie notwendig eine solche Klarstellung ist, das beweist der fol- gende Irreführungsversuch der „Roten Fahne“ über die Freitagssitzung. Das kommunistische Blatt schreibt:

„Nach einigen kurzen persönlichen Bemerkungen wird ein Antrag unserer Genossen eingebracht, dahingehend, daß der Reichstag beschließen wolle: die Regierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages.“

Abgeordneter Hergt erklärt hierzu, daß seine Partei durch ihren Redner ihre Stellung präzisiert habe und zu dem kommu- nistischen Antrag keine Stellung nehme. Dem schloß sich für die USP. Lebebour an, so daß unser Antrag gegen 16 Stimmen abgelehnt wurde. Die Deutschnationalen und die USP. haben also der Regierung ihr Vertrauen ausgesprochen, und das be- deutet im Effekt die Einheitsfront von Hergt bis Lebebour.“

Das Organ der Kommunisten kennt also nicht einmal den Wort- laut des von den beiden kommunistischen Gruppen (Plettnex und Genossen) eingebrachten Mißtrauensvotums. (Man vergleiche den oben zitierten Wortlaut mit dem Text der R. F.) Der Versuch obendrein, aus der Abstimmung eine „Einheitsfront von Hergt bis Lebebour“ zu konstruieren, ist angeht unser im Reichstag abgegebenen verschiedenen sachlichen und rechtlichen Erklärungen eine bewußte Fälschung. Die Fälschung entbehrt nicht der unentwurzeltsten Komik, da in der parlamentarischen Rechts- ordnung, die da hineinspielt, die Kommunisten mit der Regierungspar- teien und den Deutschnationalen zusammen eine Einheitsfront gegen die USP. gebildet haben.

Ultimatum der Reichsgewerkschaft

Berlin, 28. Januar.

Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und An- wärtler hat dem Reichsverkehrsminister und dem Reichsfinanz- minister am 27. Januar eine Entschiedenheit ihres erweiterterien Vor- standes überhand, in welcher die Forderungen des deut- schen Beamtenbundes vom 3. Dezember 1921 unter nach- drücklichster Betonung der notwendigen automatischen Anpassung aller Bezüge an die sinkende Kaufkraft des Geldes wiederholt werden und binnen 5 Tagen nach der Uebersendung eine bindende Erklärung über deren Annahme oder Ablehnung verlangt wird. Für den Fall der Ablehnung wird der Hauptvorstand der Reichs- gewerkschaft beauftragt, unverzüglich das letzte gewerkschaftliche Mittel in Anwendung zu bringen.

Gleichzeitig wird vom Reichsverkehrsministerium die Aufhebung aller Erhalte und sonstigen Anordnungen verlangt, durch die bereits jetzt Einschränkungen der bisherigen Bestimmungen über den Winkstundentag durchzuführen versucht werden, und die Zurückziehung des Referentenentwurfs des Arbeitszeitgesetzes gefordert, da es ein ungerechtfertigtes Anordnungsrecht für die Eisenbahnbeamten darstelle.

RTB. bemerkt dazu: „Das Vorgehen der Reichsgewerks- schaft ist nicht nur vollkommen unverständlich, sondern geradezu unverantwortlich. Die Reichsregierung erwartet, daß jeder Beamte eine etwaige Aufforderung in Streit zu treten und sich dadurch aufs Schwerste gegen seine Beamten- pflichten zu verhalten, zurückweisen wird. Die Regie- rung wird mit den schärfsten Mitteln gegen jeden schuldigen Beamten einschreiten. Sie wird andererseits den pflichtgetreuen Be- amten mit allen Mitteln Schutz angedeihen lassen.“

Diese Sprache der Regierung ist nicht dazu angetan, die beabsichtigte Erregung der Eisenbahner zu dämpfen. Sie ist vielmehr geeignet, Del in das Feuer zu gießen und die Eisenbahner zu Verzweiflungsakten zu treiben.

Ein fideles Gefängnis

Traugott v. Jagow, der Ritter mit der Hakennase, hat aus der Festungsanstalt Gollnow einen Brief an seine Freunde geschrieben, der also lautet:

„Wenn ich fliehen wollte, so wartete ich die Urteilsverkündung aus sicherem Port ab, den auszufliehen mir 94 Stunden zur Ver- fügung standen. So war die für meine sofortige Festnahme er- forderliche Fluchtverwehungsbeurteilung eine Lüge. Obendrein kostete nach § 122 Str.-Pr.-O. die von meinen Freunden aufge- brachte hohe Sicherheitsleistung von 500 000 Mark. Einen Strämer von der Landstraße kann man wohl ohne wei- teres einsperren; aber wie kann man einen 35-jährigen Herrn für fünf Jahre aus allem herausreißen.“

ohne ihm mindestens einige Wochen Zeit zu lassen, seine gesamten finanziellen, häuslichen, wirtschaftlichen Verhältnisse entsprechend um- zustellen. Nur Angst vor der Straße und schreiende Ungerech- tigkeit. Die Prozesskosten werden sicher mein Vermögen über- schreiten. Stimmung: fortiter adversus, daher Gesundheit in Ord- nung, dazu körperliche Uebungen. Anstaltschef natürlich überöde. Umgebung: Spartakisten, Kom- munisten, Bolschewisten.“

Gollnow — das scheint ja ein fideles Gefängnis zu sein — für Herrn Jagow.

Es gibt keine Klassenjustiz!

Im September vorigen Jahres streikten in Neuruppin die Ar- beiter der dortigen Induktionsgesellschaft. Der zur Streikleitung gehörige Klempner Reithöfer wurde nun bezichtigt, während des Streiks einen auf dem Fahrrad fahrenden Arbeitswilligen, Expeditionsgehilfen Wilhelm Drews, beschimpft und auch an die Schulter gestoßen zu haben, so daß der Arbeitswillige, um nicht zu fallen, sich an einem nebenlaufenden Pferde stützen mußte. Auf Antrag der Amtsanwaltschaft erließ deshalb das Amts- gericht Neuruppin gegen Reithöfer einen Strafbefehl auf 6 Wochen Gefängnis. Auf Einspruch Reithöfers kam die Sache jetzt vor das Schöffengericht Neuruppin zur Verhandlung.

Reithöfer bestritt die Beschuldigung. Wenn er auch neben- laufend sei, so habe er den Arbeitswilligen doch nur im Hinblick auf die erregte Stimmung der Arbeiter gewarnt. Drews, der wie sich herausstellte, bestreblicher Weise schon im Vorverfahren vom Amtsgericht auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft auf seine belastende Aussage beeidigt worden war, bestätigte natur- gemäß die Darstellung der Anklage, gab aber zu, durch die körper- liche Berührung seitens des Angeklagten keinerlei körper- liches Mißbehagen empfunden zu haben. Ein anderer Zeuge bestätigte die Darstellung des Angeklagten. Das Urteil lautete auf 3000 M. Geldstrafe eventuell für je 60 M. 1 Tag Ge- fängnis.

Das Gericht folgte der Darstellung des Arbeitswilligen. Da- nach nahm es zunächst eine Beleidigung, dann aber auch eine Körperverletzung an, denn, wenn der Arbeitswillige auch kein körperliches Mißbehagen empfunden habe, so hätte er es doch gehabt, wenn er gefallen wäre. Davor habe er sich aber nur da- durch bewahrt, daß er sich an dem Pferd stützte. Das sei aber eine Körperverletzung! Bei Abmessung der Strafe müsse die leichte Erregbarkeit des Angeklagten strafverschärfend berücksichtigt werden. In eine Streikleitung gehörten ruhige Leute. Durch eine hohe Strafe müsse das dem Angeklagten zu Gemüte geführt und er zur Ablegung seiner leichteren Erregbarkeit erzogen werden. Nur bei der Straf- art sei diese Erregbarkeit zu berücksichtigen; lediglich ihrerwegen sei auf Geldstrafe und nicht auf die sonst durchaus angemessen beantragte Freiheitsstrafe von 6 Wochen erkannt worden.

Ein Kommentar ist überflüssig. Das Urteil wird aber ver- ständlich, wenn man hört, daß das Amtsgericht Neuruppin noch immer den Dienststempel als Königlich Preussisches Amts- gericht führt.

Die Kandidatur Koskes

Zu der Meldung, daß eine Kreiswahlkonferenz des 17. Wahl- kreises (St.-Hannover) beschlossen habe, Koske als Spitzenkandi- dat für die nächste Reichstagswahl aufzustellen, teilt das Bezirks- sekretariat der SPD. Hamburg-Nordwest dem „Vorwärts“ mit, daß die betreffende Konferenz nur von dem Landkreis Har- burg einberufen und besetzt war. Zum 17. Reichstagswahlkreis gehörten aber auch die Regierungsbezirke Lüneburg und Stade, die sich ihr Recht, an der Aufstellung der Kandidaten- liste mitzuwirken, keinesfalls nehmen lassen wollen.

Diese Meldung könnte den Anschein erwecken, als ob unsere Mitteilungen über die Kandidatur Koske von unrichtigen Vor- aussetzungen ausgegangen sei. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Das Harburger „Volkblatt“, das zuständige rechtssozia- listische Organ für den Kreis Harburg, hat ausführlich über die Versammlung berichtet, in der die Aufstellung Koskes erfolgt ist. Der Fall scheint so zu liegen, daß die Harburger Organisation, die sich Koske erkeren hat, den alten Harburger Wahlkreis um- faßt, während das Bezirkssekretariat den jetzigen Bezirkswahl- kreis meint. Vielleicht soll durch diese formale Differenz die Mög- lichkeit geschaffen werden, die Kandidatur Koskes wieder rückgängig zu machen. Und das wäre das Beste, nicht allein für die Rechtssozialisten, sondern auch für die ganze Arbeiter- bewegung.

Rußlands Wiederaufbau

Gk. Moskau, 26. Januar.

Der Vorsitzende des allrussischen Volkswirtschaftsrates, So- gadschew, äußerte sich in einer Unterredung über die Notwen- digkeit, das Auslandskapital zur Betätigung in Rußland heranzuziehen. Er führte aus: Durch die neue Wirtschaftsmethode hat zwar die russische Industrie ihre Bewegungsfreiheit zurück- erhalten und die Erziehung der Reichsbank gibt ihr die Möglichkeit, sich auf dem Kreditwege Betriebsmittel zu beschaffen. Aber man muß sich bei näherer Betrachtung fragen, daß die Finanzkräfte Rußlands höchstens für einen Wiederaufbau der Klein- und der mittleren Industrie, niemals für die Großindustrie ausreichen werden. Wir rechnen deshalb auf die Hilfe des ausländischen Kapitals in folgenden Industrien: Stein- kohle, Petroleum, Metall- und Textilindustrie und dem Trans- portwesen. Die Auslandshilfe soll in drei Formen vor sich gehen: 1. sollen die Großbanken des Auslands Kredit zur Beschaffung der von uns in ihren Heimatländern verkauften Waren eröffnen. 2. soll die russische Reichsbank im ganzen Auslande Kredit zur Finanzierung der Großindustrie aufnehmen und 3. sollen dem Auslande entweder die KonzeSSIONen zur Ausbeu- tung russischer Naturschätze gegeben werden, oder es soll das Recht erhalten, sich an russischen Aktiengesellschaften zu beteiligen. Was die Hinzuziehung des deutschen Kapitals betrifft, so dürfte sie um so wertvoller sein, je eher es gelingt, einen engen Zusammen- hang zwischen der deutschen Industrie und dem russischen Bedarf herzustellen.

Die Strafverfolgung gegen Scholem. Der Geschäftsordnungs- ausschuss des preussischen Landtages beriet am Freitag über die strafgerichtliche Verfolgung des Abg. Scholem (Komm.) und beauftragte am Freitagabend seinen früheren Beschluß, die Ge- nehmigung zur Strafverfolgung zu ertheilen, zur Inhaftnahme aber zu verlagern.

Ein unerwünschter Volkswirtschaftler. Wie aus Budapest berichtet wird, wollte der bezichtigte Oberleutnant Ivan Hejjas, der eine ganze Reihe politischer Verdienste und Bogrome auf dem Ge- wissen hat, bei den bevorstehenden Neuwahlen im Kreise Kocakemet als Abgeordneter kandidieren. Die Partei der kleinen Landwirte, als deren Kandidat er auftraten wollte, erklärte aber, daß ihr die Kandidatur Hejjas' höchst unerwünscht sei.

Ein Friedensapostel gestorben. Der Stifter des Weltfriedens- bureaus in Genf, Frederik Bayer, ist in Kopenhagen im Alter von 84 Jahren gestorben. Bayer erhielt 1908 den Nobelfriedenspreis.

Das gefährdete Steuertkompromiß

Die Regierungskrise noch bevorstehend

Das mit so vieler Mühe zusammengeseimte Steuertkompromiß ruht auf einer sehr unsicheren Grundlage. Die Rede des volksparteilichen Abgeordneten Dr. Becker und die von ihm verlesene offizielle Erklärung der Deutschen Volkspartei hat deutlich erkennen lassen, daß sie ihre Zustimmung zum Steuertkompromiß nicht vorbehaltlos gegeben hat, sondern abhängig macht von der Ueberlassung eines großen Stückes politischer Macht durch den Eintritt in die Reichsregierung und die vorherige Zustimmung der Erfüllung ihrer besonderen Interessen liegender Forderungen. Zwar nicht mit derselben Offenheit wie der Reichsverband der Deutschen Industrie bei seinen Vorbereitungen für die Kreditaktion, so doch im selben Geiste, fordert die Deutsche Volkspartei auf die Reichsfinanzen, die Reichswirtschaft und die Reichsbetriebe.

Die volksparteiliche Presse unterstreicht diese Erklärung recht deutlich. So schreibt die „Zeit“:

„Man kann die Tragweite dieser Ausführungen nicht kräftig genug hervorheben. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei ist der Ueberzeugung, daß, wenn in der Entschädigungspolitik wirklich eine Wendung zum Besseren eintreten soll, in unseren Reichsbetrieben, in unseren Finanzen und in unserer Wirtschaftspolitik endlich Wandel geschaffen werden muß, und daß ein solcher Wandel nur denkbar ist, wenn wirklich berufene Fachmänner die Führung der betreffenden Ämter in die Hand bekommen. Darüber ist, wie Dr. Becker auch betonte, während der Kompromißverhandlungen bereits mit aller Deutlichkeit gesprochen worden. Wenn Dr. Becker sich veranlaßt sah, die Erklärung in der gestrigen Reichstagsitzung noch einmal deutlich zu wiederholen, so kann man daraus wohl schließen, daß die Besprechungen noch nicht zu einer befriedigenden Lösung geführt haben. Solange das nicht der Fall ist, kann man auch über das Schicksal des Steuertkompromisses noch nichts Endgültiges sagen. Noch viel weniger ist das möglich, wenn inzwischen vom Reichsfinanzminister schon eigenmächtig Entscheidungen über die Befragung wichtiger wirtschaftlicher Ämter getroffen werden, noch dazu mit Persönlichkeiten, gegen deren einseitig festgelegte Tätigkeit bisher schon starker Widerspruch erhoben wurde. Es wird das im wesentlichen vom Reichsfinanzminister selbst abhängen, ob das mit so viel Mühe zustande gebrachte Kompromiß auch wirklich zur Ausführung gelangt.“

Auch die demokratische Presse arbeitet in derselben Richtung. Das „Berliner Tageblatt“ teilt mit, daß der Wiedereintritt der demokratischen Partei in die Koalition denkbare und daß bei der Umbildung des Kabinetts auf ihre Gegnerschaft gegen den Postminister Giesberts und den Verkehrsminister Groener Rücksicht genommen werden müsse. Es sei auch zwangsläufig die Deutsche Volkspartei zum Eintritt in die Regierung aufzufordern, das Finanzministerium und eines der beiden Verkehrsministerien ständen ihnen sicherlich offen.

Der „Vorwärts“ hat inzwischen eingesehen, daß die Zustimmung der Deutschen Volkspartei zum Steuertkompromiß ein Danaergeschenk darstellt. Kleinlaut sagt er zu der vom Nachtbewußtsein strotzenden Erklärung der Deutschen Volkspartei:

Das Recht, von einer getroffenen Abmachung zurückzutreten, kann nicht von einer Partei allein in Anspruch genommen werden, es muß ebenso gut auch für alle anderen gelten. Im übrigen wirkt es nicht gerade vertrauenswürdig, wenn die Deutsche Volkspartei, statt offen zu sagen, was sie will, ihr ferne Verhältnisse von ganz unklar formulierten dunklen Bedingungen abhängig macht. Die Verhandlungsmethoden der Deutschen Volkspartei sind eigenartig und verdienen in ihrer Eigenart die schärfste Aufmerksamkeit.“

Auch die „Sozialistische Korrespondenz“ meint, man dürfe die Sicherheit der Mehrheitsbildung für das Kabinett Wirth nicht überschätzen, und vielleicht würden, um Klarheit zu schaffen, nicht nur in England nach Genua Neuwahlen notwendig sein.

So richtig das ist, so notwendig ist der Hinweis, daß diese Erkenntnis im Widerspruch steht zu den Auffassungen, von denen die Rechtssozialisten bei ihrer Zustimmung zum Steuertkompromiß ausgegangen sind. Wiedermal einmal hat unsere tiefere Erkenntnis in die Ursachen des Handels der bürgerlichen Parteien unserem Pessimismus recht gegeben und die Richtigkeit unserer Haltung erwiesen.

Klar hebt sich jetzt hervor, daß die Deutsche Volkspartei von Anfang an von der hinterhältigen Absicht ausgegangen ist, nicht mit der Zwangsanleihe von einer Goldmilliarde politische Macht zu erlangen, sondern nur mit dem Versprechen dazu. Denn wenn das Finanzministerium in die Hände eines dieser grundtätig der Besitzbesteuerung abholden Großindustriellen kommt, dann würden diese Herrschaften wahrscheinlich aus der Sabotage unserer Steuerverwaltung und der Erfüllungsverpflichtungen weit mehr herauszuschlagen verstehen, als die eine Goldmilliarde.

Die Krise ist daher nicht behoben, sie ist nur vertagt. Noch einmal, und wahrscheinlich bereits bald, wird die rechtssozialistische Partei vor die neue Entscheidung gestellt werden. Es wird sich dann darum handeln, ob sie die politische Macht der Deutschen Volkspartei ausliefern will, um einen Schatten der Macht zu behalten, oder ob sie endlich zu jener Politik sich zurückfindet, die die Macht des gesamten Proletariats zusammenfaßt und verhilft, daß Teile von ihr gegen den übrigen Teil der Arbeiterklasse in den Kampf geführt werden.

Es war ein großer Fehler der Rechtssozialisten, daß sie sich von dem Reichsfinanzminister Dr. Wirth im Bunde mit der Deutschen Volkspartei in eine solche Stellung haben hineinandergerieren lassen. Und das Verhalten der Deutschen Volkspartei bestätigt unsere Meinung, daß die Rechtssozialisten machtlos werden, daß ihre Stellung in der Regierung rein dekorativ ist und nicht im Interesse der Arbeiterklasse liegt, wenn die Politik dieser Regierung in Gegensatz zur Haltung der Unabhängigen Sozialdemokratie tritt. Nur das Angewiesensein auf unsere Unterstützung, wie das in der Außenpolitik im letzten halben Jahr der Fall war, würde die Möglichkeit geben, eine den Arbeiterinteressen entsprechende Politik zu betreiben. Die Voraussetzungen dafür zu schaffen oder mit uns gemeinsam gegen die bürgerlichen Parteien zu kämpfen, das ist die jetzt gestellte Aufgabe.

Parteitag der russischen Kommunisten. Das Zentralkomitee der R. P. K. hat den Parteitag für den 26. März einberufen.

Der Wortlaut des deutschen Zahlungsplanes

Die heute dem Berliner Vertreter der Reparationskommission übergebene Note der deutschen Regierung an den Präsidenten der Reparationskommission hat folgenden Wortlaut:

Die Reparationskommission hat durch die Entscheidung vom 13. Januar 1922 der deutschen Regierung für die beiden Fristigkeiten vom 15. Januar und 15. Februar 1922 einen vorläufigen Zahlungsaufschub unter der Bedingung gewährt, daß die deutsche Regierung binnen 15 Tagen

- a) ein Reformprogramm für den Haushalt und den Notenumlauf mit geeigneten Garantien,
- b) ein vollständiges Programm für Barzahlungen und Sachleistungen für das Kalenderjahr 1922 vorlegt.

Die deutsche Regierung entspricht hiermit diesem Verlangen.

I. Reform des Haushalts und des Notenumlaufs

Der deutschen Regierung und der deutschen Volksvertretung ist es gelungen, den Abschluß der im Jahre 1919 begonnenen vollständigen Reform der Reichsfinanzen unter Ueberwindung der größten Schwierigkeiten nunmehr zu sichern. Das Ziel dieser Reform, welche dem deutschen Volk schwere Opfer auferlegt, ist, das Gleichgewicht des Reichshaushalts herzustellen. Zu diesem Zweck werden die Einnahmen aus äußerster Geißelung und die Ausgaben auf das Stärkste eingeschränkt. Außerordentliche Bedürfnisse sollen nicht mehr ausschließlich durch Ausgabe kurzfristiger Schatzwechsel, sondern soweit als möglich durch Anleihen gedeckt werden.

1. Vermehrung der Einnahmen.

Das Ausfließen aus den Quellen der Besteuerung wird durch Ausbau des Steuersystems in den dem Reichstag zur Zeit vorliegenden Gesetzentwürfen (Vermögenssteuer, Vermögenszuwachssteuer, Kapitalverkehrssteuer und Körperschaftsteuer) wesentlich erhöht. Dies geschieht, obwohl die Sachverständigen der alliierten Regierungen bereits auf der Brüsseler Konferenz vom Dezember 1920 anerkannt haben, daß die direkte Besteuerung in Deutschland keiner weiteren Steigerung mehr fähig ist.

Die Besteuerung des Besitzes nötigt in nicht geringem Umfang die Steuerpflichtigen, in die Substanz ihres Vermögens einzugreifen. Dieser Eingriff wirkt auf das Einkommen des einzelnen in einer Weise zurück, die notwendig jede Besteuerung des Verbrauchs verschärft. Durch die Umsatzsteuer, die von 1 1/2 auf 2 Prozent, und die Kohlensteuer, die nach der Vorlage der Reichsregierung von 20 Prozent auf 40 Prozent erhöht werden soll, ist Produktion und Verbrauch in starkem Maße vorbelastet.

In den zur Zeit dem Reichstag vorliegenden Entwürfen sind wichtige Zölle und Verbrauchssteuern bedeutend erhöht. Die Zölle sollen auf der wirklichen Goldbasis erhoben werden.

Unter diesen Umständen erhöht der deutsche Verbrauch in Anbetracht der geschwächten Kaufkraft der Bevölkerung eine Gesamtbelastung, die dem Druck der indirekten Besteuerung in jedem anderen Lande mindestens gleich ist.

Die Durchführung der Steuererlässe ist jetzt gesichert. Die notwendige Umstellung der einzelstaatlichen Verwaltungen auf die einheitliche Reichsverwaltung ist trotz aller Schwierigkeiten im wesentlichen vollzogen. In weitem Umfange werden die Steuern an der Quelle erhoben. Durch strenge Verwaltungsaufsicht werden Veranlagung und Erhebung der Steuern immer mehr an den Zeitpunkt der Steuererklärungen herangerückt.

Gegen Kapital- und Steuerflucht sind energische Maßnahmen getroffen. Insbesondere ist das Bankgeheimnis durch Gesetz aufgehoben, der Wertpapierbesitz wird bei den Banken durch die Steuerbehörden überwacht. Die durch Kapitalflucht bereits ins Ausland abgewanderten Vermögen sucht die deutsche Regierung durch internationale Rechtshilfeabkommen zu erlangen.

Das Notwendige in seinen Grundzügen angegebene Steuerprogramm wird in der Anlage I erläutert.

Die Tarife der Verwaltungen von Post und Eisenbahn sind nach Durchführung der bevorstehenden Erhöhungen gegenüber den Tarifen der Vorkriegszeit im Durchschnitt wie folgt festgesetzt: im Eisenbahnpersonenverkehr auf das 15-19fache, im Eisenbahngüterverkehr auf das 32fache und im Post- und Telegraphenverkehr auf das 25fache.

2. Beschränkung der Ausgaben.

Durch Vorschriften des Haushaltsgesetzes sind Vorkehrungen für eine Verminderung der Beamtenstellen getroffen.

Die Zuschüsse für die Lebensmittelzubereitung werden nach einem besonderen Plan im Laufe des Rechnungsjahres 1922 befristet. Sie betragen im Rechnungsjahre 1921 rund 22,5 Milliarden Papiermark. Sie werden, falls keine weitere Entwertung der Mark eintritt, im Rechnungsjahre 1922 nur noch 1 Milliarde Papiermark erfordern. Der Brotpreis wird zu diesem Zwecke vom 16. Februar 1922 ab weiter um 75 Prozent erhöht.

Die Erwerbslosenunterstützung durch öffentliche Mittel soll im Jahre 1922 durch eine Arbeitslosenversicherung ersetzt werden, deren Kosten überwiegend von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen werden.

Die außerordentlichen Ausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung sind trotz des inzwischen erheblich gesunkenen Geldwertes auf nahezu ein Drittel des Vorjahres, nämlich auf 3 Milliarden Papiermark, herabgesetzt.

Bei den Verwaltungen der Post und der Eisenbahn sind organisatorische Reformen zur Verminderung der Ausgaben im Gange, so daß vom 1. April 1922 ab die Betriebsausgaben durch Betriebsereinnahmen gedeckt werden. Die außerordentlichen Ausgaben sind so knapp als möglich bemessen. Sie betragen nur 1/4 Prozent des Anlagewertes, während in der Vorkriegszeit 3 Prozent dafür ausgemacht werden mußten.

Ein dem Reichstag vorliegender Gesetzentwurf sichert durch strenge Vorschriften die präzisere Aufstellung und genaue Einhaltung der Haushaltspläne.

Auf diese Weise bringt der Haushaltsplan des Reichs für 1922 zur Deckung der Ausgaben für die allgemeinen Zwecke des Friedensvertrages und die Reparationsleistungen einen Ueberschuß von 16 1/2 Milliarden Papiermark. 103,2 Milliarden an ordentlichen Einnahmen stehen 88,7 Milliarden an laufenden Ausgaben gegenüber.

3. Einschränkung der schwebenden Schuld und des Notenumlaufs

Die Reichsregierung wird im Jahre 1922 die Auflegung einer inneren Anleihe versuchen. Die Ende 1919 aufgelegte Sparanleihenleihe hat dem Reich trotz Ausstattung mit den mannigfaltigsten Vorteilen nur 1,8 Milliarden Barzettel zugeführt. Sie muß also als Mißerfolg bezeichnet werden. Die Möglichkeit zu einer wirklich umfassenden inneren Anleihe wird erst dann vorhanden sein, wenn das Vertrauen in die wirtschaftliche und finanzielle Wiederaufrichtung Deutschlands wiederhergestellt ist und wenn feststeht, daß die Bestimmungen des Vertrages von Versailles den Dienst einer hundertsten Reichsanleihe nicht beeinträchtigen können. Unabhängig von der Frage, ob für eine freiwillige Anleihe ein Markt geschaffen werden kann, wird die deutsche Regierung zur Auflegung einer Zwangsanleihe schreiten, deren Ertrag bestimmt ist, der Vermehrung der schwebenden Schuld Einhalt zu tun. Zu dieser äußersten Maßnahme, die nicht wiederholt werden kann, hat sich die deutsche Regierung entschlossen, um wenigstens für das Jahr 1922 die Reparationsleistungen unter möglichst geringer Inanspruchnahme der Notenpresse finanzieren zu können.

Dem Bedenken, das die alliierten Regierungen aus der rechtlichen Abhängigkeit der Reichsbank vom Reichsfinanzminister entnehmen, wird die deutsche Regierung Rechnung tragen. Sie wird dem Reichstag ein Gesetz vorlegen, durch das die zur Zeit rechtlich bestehende Befugnis des Reichsfinanzministers zu Eingriffen in die geschäftliche Leitung der Reichsbank beseitigt und somit ihre Autonomie gesichert wird.

Ueber die gesamten Maßnahmen, welche zur Ordnung der Reichsfinanzen bestimmt sind, ergeben die weiteren Anlagen dieser Note den erforderlichen Aufschluß.

Die Durchführung aller dieser Maßnahmen bietet Gewähr dafür, daß für die Einschränkung der schwebenden Schuld und die Stilllegung der Notenpresse alles geschieht, was von der deutschen Regierung billigerweise erwartet werden kann. Die deutsche Regierung wird außerdem dafür Sorge tragen, daß genaue Statistiken über die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands künftig wieder in der vor dem Kriege üblichen gewohnten Weise veröffentlicht werden.

II. Programm für die Leistungen des Kalenderjahres 1922

Die vorstehend dargelegte Reform des Reichshaushalts gewährleistet die Deckung der inneren Zahlungsverpflichtungen. Sie kann jedoch eine gesunde Finanzierung der Reparationsleistungen nicht herbeiführen.

Die Einnahmen des Reichs bringen in der Hauptsache nur Papiergeld, mit welchem bei der nahezu völligen Entwertung der Mark Reparationszahlungen in Goldmark nicht geleistet werden können.

Die deutsche Regierung hat bereits mehrfach, zuletzt in Cannes, ausführlich die Gründe dargelegt, die zum Sturz der Mark geführt haben und die es Deutschland trotz höchster Anstrengungen zur Zeit unmöglich machen, die gesamten Reparationsleistungen auszuführen. In der Hauptsache sind dafür folgende Faktoren bestimmend:

Kohlstoffe besitz Deutschland außer Kohle nur noch wenig. Die Produktivität, insbesondere der Landwirtschaft, ist erheblich zurückgegangen. Der unentbehrliche Einfuhrbedarf an Rohstoffen und Lebensmitteln beträgt jährlich je 2 1/2 Milliarden Goldmark. Der Wert der Ausfuhr ist von rund 10 Milliarden Goldmark im Jahre 1913 auf rund 4 Milliarden Goldmark gefallen. Das bedeutet unter Berücksichtigung der allgemeinen Steigerung der Weltmarktpreise eine Verminderung der Ausfuhr auf etwas mehr als den vierten Teil der Ausfuhr vor dem Kriege.

Die Zahlungsbilanz ist jetzt mit rund 2 Milliarden Goldmark passiv. Bei passiver Zahlungsbilanz ist eine anhaltende Festigung der Mark nicht möglich.

Unter diesen Umständen bringt jede erhebliche Zahlung in Devisen eine neue Erschütterung des Marktkurses, gleichzeitig entwertet sie alle inneren Einnahmen, steigert alle Ausgaben, vermehrt die Inflation und schwächt damit Deutschlands Fähigkeit zu Reparationsleistungen immer mehr. Wenn man das Reparationsproblem unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet, so muß man zu dem Ergebnis kommen, daß es unbedingt erforderlich ist, Deutschland für längere Zeit, mindestens aber für das ganze Jahr 1922, von allen Reparationsleistungen in Bar zu befreien.

Die deutsche Regierung verschließt sich jedoch nicht der Erkenntnis, daß sie unter den gegebenen Verhältnissen selbst die schwersten Bedenken für die deutsche Wirtschaft und die Finanzen des Reiches hinter die politischen Notwendigkeiten zurückstellen muß.

Der deutschen Regierung ist bekannt, daß von alliierter Seite in Cannes für Reparationsleistungen Deutschlands für das Jahr 1922 folgende Ziffern in Erwägung gezogen worden sind:

- 720 Millionen Goldmark an Barzahlungen,
- bis zu 1450 Millionen Goldmark an Sachleistungen.

Die deutsche Regierung darf nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Mittel zur Deckung so bedeutender Leistungen auch nach Durchführung der inneren Finanzreform zum großen Teil nur durch Erhöhung der schwebenden Schuld beschafft werden können, und daß sie mit Rücksicht hierauf bitten muß, die deutschen Barzahlungen nötigenfalls unter Erhöhung der Sachleistungen auf geringere Beträge festzusetzen.

Gleichwohl wie die Festsetzung der Reparationsleistungen für das Jahr 1922 erfolgen mag, schlägt die deutsche Regierung auf Grund der Vorbereitungen folgendes Programm für die Art und Weise der Erfüllung vor:

- a) Auf die festzusetzenden Beträge werden die Barzahlungen und Sachleistungen angerechnet, die auf die Fristigkeiten vom 15. Januar und 15. Februar 1922 bereits bewirkt sind und noch bewirkt werden. Die im Jahre 1922 danach noch zu leistenden Barzahlungen werden auf die Monate des Kalenderjahres 1922 gleichmäßig verteilt.

b) Die in fremder Währung zu erhaltenden Besetzungsschulden werden auf die Gesamtleistungen des Jahres 1922 verrechnet. Die in Papiermark zu leistenden Beiträge zu den Besetzungskosten werden bedeutend ermäßigt.

c) Die übrigen in fremder Währung zu tilgenden Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag, insbesondere die Lasten auf Grund des Ausgleichsverfahrens werden im Wege besonderer Vereinbarungen auf ein erträgliches Maß zurückgeführt.

Was die Sachleistungen anlangt, gibt Deutschland erneut seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, mit allen verfügbaren Kräften an der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete mitzuwirken. In diesem Geiste ist das Wiesbadener Abkommen abgeschlossen worden. Die deutsche Regierung ist bereit, auch mit anderen alliierten Regierungen Abkommen über Sachlieferungen abzuschließen.

Bei der Bemessung der Sachlieferungen muß in Betracht gezogen werden, daß auch sie Goldzahlungen erfordern, sofern dazu ausländische Rohstoffe gebraucht werden. Die deutsche Regierung bittet, daß die Sachlieferungen für jedes beteiligte Land getrennt festgelegt und daß sie nur insoweit angefordert werden, wie sie für das Jahr 1922 wirklich gebraucht werden können.

III.

Die deutsche Regierung ist der Meinung, daß die Regelung der Reparationsleistungen für das Jahr 1922 allein nur einen ersten Schritt auf dem Wege zur Lösung des Reparationsproblems bedeutet. Das Programm für 1922 beruht auf einem System, das, wie die vorliegenden Erfahrungen ergeben haben, die deutsche Reparationsfähigkeit empfindlich schwächt. Monatlich oder vierteljährlich wiederkehrende Reparationszahlungen in fremder Währung verhindern Deutschland, seine Finanzen in Ordnung zu bringen. Es erscheint daher im Interesse aller beteiligten Länder geboten, für die deutschen Reparationsleistungen auf einer anderen Grundlage und auf längere Zeit Vorkehrungen zu treffen. Dies sollte schon längst geschehen, da die Ungewißheit darüber, wie vom Jahre 1923 ab die deutschen Leistungen erfolgen sollen, auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage nicht nur Deutschlands, sondern auch der alliierten Länder einen lähmenden Einfluß ausübt.

Deutschland wird zur Leistung der Reparation nur dann imstande sein, wenn der Kredit des Inlandes und des Auslandes für Finanzoperationen großen Stils in Anspruch genommen wird. Zur Zeit wird aber die Kreditwürdigkeit Deutschlands weder von dem inländischen noch von dem ausländischen Anlagekapital anerkannt. Es fehlt allgemein das Vertrauen, daß Deutschland imstande sein werde, unter den gegenwärtig gegebenen Bedingungen wirtschaftlich so zu erstarren, daß es als ein zahlungsfähiger Schuldner für eine große Reparationsanleihe angesehen werden kann. Das Vertrauen der Welt in Deutschlands Zahlungsfähigkeit wiederherzustellen, ist die Vorbedingung für eine befriedigende Lösung des Problems.

Die deutsche Regierung bittet daher die Reparationskommission, diesen Erwägungen ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken, damit ein Weg gefunden werden kann, der Deutschlands Kredit im Inland und Ausland wiederherstellt und eine große Reparationsanleihe durch internationales Zusammenwirken möglich macht.

Gemüthlich Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

gez. Dr. Wirth.

Zähne 5 u. 8 Mk. mit Friedenskautschuk
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.
Spez.: Zähne ohne Säumen. Keine Luxussteine.
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 14

Die Beamten an Luise Zieg

Zu der großen Trauergemeinde, die sich um die Bahre der unvergeßlichen Genossin Luise Zieg schart, gesellt sich im Gefühl der tiefsten Dankbarkeit und Verehrung die Deutsche Beamtenliga bis in ihre tiefsten Reihen hinein. Nicht nur in der sozialistischen Frauenbewegung, sondern auch in der Beamtenbewegung hat die Verstorbene, trotz der kurzen Spanne Zeit, Unvergleichliches geleistet.

In richtiger Erkenntnis, daß der Kampf der Beamtenliga, sollte er erfolgreich sein, nur ein Teil des großen Befreiungskampfes der Arbeiterklasse sein kann, und in weiser Voraussicht, daß schon heute für künftige Gesetzwollzieher der sozialistischen Gesellschaft gesorgt werden muß, stellte sie sich mit seltener Hingabe und hingehender Begeisterung in den Dienst der sozialistischen Beamtenbewegung. Vergeblich versuchte die bürgerliche Presse, sie totzuschweigen. Nicht bald erkannten auch die Beamten, die noch außerhalb unserer Reihen stehen, daß sie in Luise Zieg ihren mutigsten Kämpfer in- und außerhalb des Parlaments für die Hebung ihrer geistigen und materiellen Not gefunden haben. Mitten aus diesem Kampfe für und um die leidende Menschheit heraus ist sie dahingerafft worden. Die tiefklaffende Wunde, die der jungen Bewegung der Tod der Genossin Zieg geschlagen hat, kann nur sehr langsam zuhellen.

Sollen wir jetzt kleinmütig verzagen? Nein! Wir wollen das scharfschneidende Schwert, das ihrer Hand entglitt und das sie so meisterhaft zu führen verstand, wieder aufheben. Das politische Testament der großen Toten führen wir am besten und richtigsten aus, indem wir mit erhöhter Kraftanstrengung für ihre Ziele, die sie sich gestellt hat, weiterkämpfen. Beamte, wollt Ihr das Andenken an Eure Führerin und Wegweiserin wahren, so schart Euch um die proletarischen Feldzeichen, für die die Dahingegangene gekämpft und gelitten hat und für die sie, leider viel zu früh, gestorben ist.

USPD.-Rechtsbeamten-Beirat.

Rundgebungen für Genossin Zieg

Genossin und Genossin Kautsky haben aus Anlaß des Todes der Genossin Zieg an den Vorstand der U. S. P. D. folgendes Beileidsschreiben gerichtet:

Wir fühlen uns gedrängt, uns denen anzuschließen, die durch Ihre Zuschriften an Euch bekunden, wie schwer wir den Schlag empfinden, den das feine Befreiungskampfs kämpfende Proletariat durch den vorzeitigen Hingang unserer Genossin und Freundin Luise Zieg erlitten hat.

Wir brauchen nicht erst hinzumerken darauf, was Luise Zieg durch ihre Begabung, Energie und Hingabe für unseren praktischen Kampf bedeutet, brauchen auch nicht erst der Bewunderung Ausdruck zu geben für jene außerordentliche Frau, die, aus den tiefsten herabgedrückten Proletariatskreisen entflammend, es verstand, durch eine beispiellose Anstrengung ihre große Intelligenz so zu schulen, daß sie eine der bedeutendsten Frauen Deutschlands und dem Befreiungskampfe der Frau ebenso wie dem des Proletariats eine gewaltige Führerin wurde.

Das alles ist bereits allgemein anerkannt und gewürdigt worden. Worauf wir aber besonders hinweisen möchten, daß ist das hohe theoretische Interesse, das unsere Vorkämpferin im praktischen Kampf so sehr auszeichnete.

Unvergeßlich sind gerade uns jene zündenden Worte, die Luise Zieg auf dem Zentralkomitee vom 1905 fand, als dort die „Neue Zeit“ diskutiert wurde. Voll Entrüstung wendete sie sich gegen die Verachtung, die in einem bestimmten Personentum bezichtigt gegenüber unserer theoretischen und wissenschaftlichen Erkenntnis überhaupt. Und sie fuhr fort: „Ich bin immer der Meinung gewesen, daß dieses Erkenntnis unsere praktische Arbeit befruchtet und die Richtlinien für sie abgeben soll. Wenn statt dessen hier erklärt wird, die kapitalistische Ausbeutung werde die Leute schon lehren, was sie zu tun haben, so antworte ich: Die kapitalistische Ausbeutung wird den Arbeitern die Empfindung geben, daß sie zu uns kommen müssen; unsere Aufgabe ist es

aber, aus diesen Gefühlsanhängern durchgebildete, überzeugungsstrenge Anhänger zu machen.“

In diesem Sinne wirkte sie, das wurde der Inhalt ihrer Lebensarbeit. Wir können nichts Besseres tun und sie nicht besser ehren, als wenn wir in diesem Sinne weiter arbeiten.

Mit Parteigrüß
Karl Kautsky, Luise Kautsky.

Beim Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ließen aus Anlaß des Todes der Genossin Zieg folgende Schreiben und Depeschen ein:

„Es fiel mitten bei der Arbeit im Klassenkampf eine der besten Klassenkämpferinnen, unsere Genossin Luise Zieg. Wir bedauern den plötzlichen Verlust unserer Sekretärin im Zentralkomitee und sprechen hierdurch unser Beileid aus.“
Bezirks- und Ortsvorstand Bremen.“

„Werte Genossen! Anlaßlich des Ablebens der Kollegin Luise Zieg, die bis zum letzten Tage ihres Lebens mit großer Gewissenhaftigkeit ihr Reichstagsmandat ausübte und ebenso als Mitglied der Nationalversammlung gewirkt hat, sehe ich mich veranlaßt, Ihnen namens meiner Fraktion die herzlichste Anteilnahme hierdurch zum Ausdruck zu bringen.“

Wir betauern mit Ihnen, daß die begabte Kollegin so frühzeitig aus dem Leben und damit aus ihrer den Interessen des Proletariats dienenden Arbeit scheiden mußte.

Reichstagsfraktion der S. P. D.

Aus Österreich ging folgendes Telegramm ein: „Die österreichischen Genossen trauern mit Euch über den Verlust der großen Vorkämpferin.“

Frauenreichskomitee der Sozialdemokratischen Partei.

Tief erschüttert von der Todesnachricht der Genossin Zieg drücken wir innigstes Beileid zu dem fürchterlich schweren Verlust namens der Partei, insbesondere der Genossinnen, aus. Die tapfere verdienstvolle Führerin bleibt ein leuchtendes Andenken, das wir durch eifrige Arbeit für den Sozialismus ehren werden.

Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschecho-Slowakei

Tief ergriffen betauern wir mit Ihnen das plötzliche Hinscheiden der Genossin Zieg. Das Andenken dieser Vorkämpferin des deutschen revolutionären Proletariats, die auf ihrem Posten durch den Tod erloht wurde, wird allen russischen Sozialisten, wie der ganzen Internationale unvergeßlich bleiben.

Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands

„Die Georgische Sozialdemokratie trauert mit Euch an der Bahre der unvergeßlichen, treuen, selbstlosen Kämpferin Luise Zieg.“

Im Namen des Zentralkomitees
der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
Georgiens.

Ein deutsches Friedenskartell

Wie die „Dona“ erfährt, haben sich am 26. Januar die folgenden Friedensverbände zum Deutschen Friedenskartell zusammengeschlossen: Deutsche Liga für Völkerverständigung; Deutsche Friedensgesellschaft; Verband für internationale Verständigung; Bund Neues Vaterland; Friedensbund der Kriegsteilnehmer; Frauenliga für Frieden und Freiheit (deutscher Zweig); Bund religiöser Sozialisten; Friedensbund deutscher Katholiken; Bund der Kriegsdienstgegner; Deutscher pazifistischer Studentenbund; Weltjugendliga; Bund für radikale Erziehung; Deutscher Konistenbund.

In der ersten Rundgebung des Deutschen Friedenskartells, die sich mit dem Haager Weltgerichtshof beschäftigt, wird darauf verwiesen, daß Deutschland gegenüber der Zuständigkeit des Weltgerichtshofes bereits vielfach gegeben sei. Die Vereinigten Staaten seien völkerrechtlich in der Lage, ihn unabhängig vom Völkerverständigungsbund für sich anzuerkennen. Im Weltgerichtshof, der von den politischen Bindungen der Friedensverträge frei sei, werde sich der Geist erhabener Unparteilichkeit entwickeln. Erfülle diese Bundeseinrichtung durch vorbildliche Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten ihre Bestimmung, dann werde von ihr neues Leben ausgehen.

Wagenmangel und Verkehrsnot

Minister Groener für sorgfaches Vorgehen
Sitzung des Reichstags vom Sonnabend,
28. Januar

Präsident Ebbé eröffnet die Sitzung 12 Uhr 15 Min. Das Haus fährt fort in der Weiterberatung der

Interpellation wegen des Wagenmangels.

Abg. Pieper (USP.): Ein großer Teil der bürgerlichen Presse ist tagtäglich bemüht, die Reichsbahn und ihre Einrichtungen in Mißkredit zu bringen. Die Kohlenlieferungen an die Eisenbahnen müssen meines Erachtens an erster Stelle stehen. Ich möchte aber auch einmal die Frage aufwerfen, wieweit Kohle heute noch an das Ausland verkauft wird. Es ist z. B. unerhört, daß Eisen für seine Werke im Auslande Kohle aus Deutschland erhält. Gegenwärtig werden ungeheure Kohlenmengen verlost, und zwar deshalb, weil man aus den Nebenprodukten bei der Verfolgung große Gewinne zieht, größer als beim bloßen Verkauf der Kohle. Im Jahre 1913 wurden 23 Prozent der Förderung, 1921 25 Prozent der Förderung verlost. Die Kohshalden vermehren und vergrößern sich. Eine Einschränkung der Verlostung ist notwendig, um eine bessere Belieferung der Eisenbahnen mit Kohle zu ermöglichen. Nach einer Zusammenstellung haben 38 Gesellschaften 20, 30, ja bis 97,40 ihrer Gleisförderung verlost. Also beinahe die gesamte Förderung. Wir hätten hier die Möglichkeit, die Eisenbahn mit guter Kohle zu beliefern, während jetzt gerade die gute Kohle der Verlostung zugeführt wird. Sehr notwendig wäre es auch, einen Verkehrsverehr zwischen Hüttenwerken und Förderzügen einzurichten. Sonst kommen wir wieder zu Verhältnissen, daß auf einer Seite Waggonmangel eintritt, während auf einem gar nicht weitab liegenden Werke

Reichshütten eingelegt werden müssen wegen Kohlenmangel.

Wir sind damit einverstanden, daß eine Beschleunigung des Wagenumschlags durchgeführt wird, daß die Reparaturen in größerem Maße in Angriff genommen und beschleunigt werden. Aber es muß auch eine Erhöhung des Wagenparks erfolgen. Dem gesteigerten Verkehr genügt auch die vom Minister angeführte Vermehrung des Wagenparks um 70.000 nicht. Es ist notwendig, die Arbeitsfreudigkeit der Eisenbahnarbeiter und -beamten zu beleben. Wir sind mit der Entbureaucratisierung der Eisenbahn einverstanden. Aber es ist auch notwendig, daß man mehr wie bisher das Augenmerk auf den Waggonmangel richtet. (Beifall bei der USP.)

Abg. Schumann (SPD): Ich kann nicht in das vernichtende Urteil einstimmen, das verschiedens meiner Vorkämpfer über die Eisenbahnverwaltung gefällt haben. Das Personal hat nach jeder Richtung zureichend gearbeitet. Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß man von verschiedenen Seiten mit der Kritik an der Eisenbahnverwaltung die Ueberführung des Eisenbahnbetriebs in den Privatbetrieb vorbereiten will. Wir werden dagegen den schärfsten Widerstand leisten.

Abg. Breunig (USP.): Die Reichseisenbahnverwaltung hat nicht in kapitalistischem Interesse zu wirken, sondern dem Interesse des gesamten Volkes zu dienen. Der Kapitalismus kennt keine Rücksicht auf Leben und Gesundheit des Personals. Wir aber müssen weitgehendste Sicherung für Leben und Gesundheit fordern. Eine Verminderung des Rangierpersonals, von der hier gesprochen worden ist, wird eine starke Vermehrung der Unglücksfälle im sicheren Gefolge haben. (Starkes Links.)

Abg. Rüllig (Dem.): Wir wünschen, daß ein frischer, fester Zug in das Reichsverkehrsministerium kommt. Es war z. B. nötig, bei dem wilden Streik in Dresden viel energischer vorzugehen. Der Präsident der Generaldirektion hat die einzig richtige Maßnahme getroffen, indem er allen, die nicht bis zu einem bestimmten Zeitpunkt die Arbeit wieder aufnehmen wollten, als entlassen bezeichnete.

Reichsverkehrsminister Groener: Diese Anordnung ist von mir ergangen. Der Präsident der Generaldirektion hat sie entgegen meinem Willen gemildert.

Es entspinnt sich eine kurze Auseinandersetzung zwischen Rüllig und dem Verkehrsminister, wenn die Bahnen kochenden Vorwurfs gebührt: Groener oder dem Präsidenten der Generaldirektion. Diese Auseinandersetzung wurde auch privatim noch fortgesetzt.

Nach Entgegennahme von Anschlußberichten erfolgt Schluß der Sitzung 1 1/2 Uhr. — Nächste Sitzung Montag 2 Uhr. Tagesordnung: Haushalt 1922.



BERLIN C * KÖNIGSTRASSE * SPANDAUERSTRASSE

Besonders preiswert!

Hauswäsche	Damentwäsche	Wäschestoffe	Wirkwaren
Einzelne Tischtücher Halbleinen Jacquard 130x130 cm... 79.- 130x160 cm... 99.- 160x225 cm 165.-	Taghemd mit Eins.u. Langgette 42.- Mit Ansatz und Höhlsaum... 55.- Nachthemd m.Stickerel-Ansatz 85.- Beinkleid 42.- Unterhülle m.Ein-u. Ansatz 30.- Unterrock mit breiter Stickerei 63.-	Madapolam für Leibwäsche, 80 cm breit Mtr. 17.50 Pikeebarchent weiß... Mtr. 28.50 Linen für Bettbezüge 60cmx130cm Mtr. 24.- 38.- Lakenstoff 150cm breit Mtr. 48.-	Damen-Strümpfe Baumwolle, weiß... 14.75 Damen-Untertailen Halbwolle, weiß mit langen Ärmeln Mittelgröße... 28.50 Blusenschoner Reinwolle, weiß 34.50 Trikot Oberhemd mit farbig. Einsatz 85.-
Kaffeegedeck blau od. gold mit Seidenglanz 130x130 cm m.6 Servietten 197.50 160x160 cm 250.- 160x240 cm mit 12 Serv. 425.-	Bettwäsche Deckbettbezug Handtuch, 110x200 140.- Kissenbezug 80x80 cm... 44.- Laken wäflig Handtuch, 110x225 165.- Knopflaken Madapolam m. Hohlsumen, 150x260 290.- Kissen 80x80 cm 95.-	Taschentücher Weiß Batist mit bedruckter Kante für Damen, 30cm 3.95 Weiß Linon für Herren, 45 cm Für Kinder, mit farbiger Kante... 3.50 Ein Posten Taschentücher 1-licht fehrleib 4 Damen, Herren, Kinder 2.95	Herrnwäsche Taghemd aus gutem Hemden- tuch... 72.- Nachthemd 136.- m.farb.Besatz Weißes Oberhemd mit Pikee-Falten-Einsatz und fransen Manschetten 175.- Sportkragen weich... 7.50



Zum Tode der Genossin Zieh

Der Bezirksverband Berlin-Brandenburg der U. S. P. D. teilt mit:

Die Leiche unserer Genossin Luise Zieh wird am Donnerstags, den 2. Februar, nachmittags 6 Uhr, im Krematorium in der Gerichtstraße eingesehrt.

Am Sonntag, den 5. Februar, vormittags 10 Uhr, wird in der Festhalle des Stadthauses in der Klosterstraße, eine Totenseier abgehalten.

Die Aufstellung der Distrikte erfolgt in der Klosterstraße in der Zeit von 11 bis 12 Uhr vormittags.

Der Gipfel der Brutalität

Wie es auf dem Schlachthof zugeht

Die Menschen, die so gerne ein Beefsteak oder eine Kalbshaxe essen, haben das Schlachten der Tiere humanisiert.

Die zivilisierte Menschheit hat also auch das Schlachten humanisiert. Die Schlachttiere werden daher, bevor ihnen das Messer die Kehle durchschneidet oder das Herz durchbohrt, durch einen wichtigen Schlag auf den Kopf betäubt — oder auch nicht!

Seht euch doch einmal das humane Schlachten an, seht euch den Viehantrieb an! Es wird euch das Blut in den Adern erstarren lassen.

Losgelassene Indianerhorden können nicht mehr Spektakel machen, als die Viehtreiber auf dem Zentralviehhof beim Abladen der Schlachttiere. Die Tiere kommen aus den Waggons, haben einen tagelangen Transport hinter sich, sind ausgehungert und durchgefroren.

Ein ziemlich großes Schwein kann nicht laufen. Nicht aus ausgeglichener Bosheit, sondern weil beide Hinterbeine steif sind. Ein Treiber schlägt auf das Tier ein, was in seinen Kräften steht. Das Tier verliert sich aufzurichten und bricht wieder zusammen.

Der Treiber greift zu anderen Mitteln. Schlag auf Schlag lauft auf die Schnauze des Tieres, bis blutiger Schaum heraustritt. Nicht genug damit! Mit Stoch-Stöcken ins Auge und die Ohren wird das Tier weiter traktiert.

Die Humanisierung des Schlachtens! — Wenige Schritte von den brutalen Quälereien stehen Karren für den Viehtransport. Schulkleute in blauer Uniform stehen dabei, sehen alles — und schweigen.

Zur Verrichtung welcher Funktionen sind diese Schulkleute eigentlich auf dem Viehhof? Tyllus.

Keine Kohlen für die Heizung der Schulen

Der Magistrat beschäftigte sich in seiner heutigen außerordentlichen Sitzung mit der Kohlenbelieferung der Schulen während der augenblicklichen Kälteperiode.

Die Sorgen des Mittelstandes

Offener Brief an eine alte Dame

Berlin, Ende Januar.

Sehr geehrte gnädige Frau!

Sie haben vor kurzem einem Mitarbeiter des „Lokalanzeigers“ (Nr. 25. v. 15. 1. 1922) Ihr bedrücktes Herz ausgegüßet. Ihre Klagen sind charakteristisch für jene Kreise des gebildeten Kleinbürgeriums, denen am 9. November 1918 nicht nur ein Ideal in den Staub sank, sondern die auch materiell starke Schädigungen erlitten haben.

Sie haben Ihr Haus verkaufen müssen und wohnen jetzt bei einer Freundin in einer Vorortvilla in zwei kleinen Zimmern und sagen, daß Sie gerade sozial haben, daß Sie nicht zu hungern brauchen.

„Waren diese Gespräche denn so überflüssig? Wenn man sich bei den Kindern erkundigt, wie es bei ihnen zugeht? Was sie vorhaben? Wenn man mit seinem Kinde über die kleinen Sorgen der Wirtschaft schwatzt, wenn man erfährt, was Tante Minna geschrieben, wie es dem Better Hans erging, ob Pleschen sich auf dem Feste beim Onkel Ludwig gut amüsiert hatte?“

„Die Familie fällt auseinander, der schöne Halt, der doch so viel wert war, ist nicht mehr. Alles zerbricht und geht aus dem Leim.“

„Die Familie fällt auseinander, der schöne Halt, der doch so viel wert war, ist nicht mehr. Alles zerbricht und geht aus dem Leim.“

Als Unterton dieser milden Resignation fühlt man deutlich die aufrichtige Trauer um die vergangene Herrlichkeit des deutschen Kaiserreiches, in dem zwei Eier 11 Pfennige, und das Pfund Butter 1 Mark kosteten.

Kaiserreiches, in dem zwei Eier 11 Pfennige, und das Pfund Butter 1 Mark kosteten. Und Sie, gnädige Frau, sind eine der — verzeihen Sie mir den für Sie harten Ausdruck — Proletarierinnen, die noch zu Hunderttausenden ihre Stimme der Deutschnationalen Volkspartei geben, weil Sie von der Wiederkehr der Monarchie eine Rückkehr zu den „guten alten Zeiten“, zum mindesten aber eine starke Verbesserung ihrer Lebenshaltung erhoffen.

Sie wissen nicht, daß Ihr Los, das Ihnen so unsagbar hart dünkt, Millionen von Proletarierinnen ein Paradies bedeuten würde. Wissen Sie, was es heute für einen Arbeiter heißt, sonst zu haben, „um leben zu können“? Sicher nicht; sonst würden Sie nicht klagen.

Wenn Sie das alles wüßten, dann würden Sie, wenn Sie am nächsten Sonntag in die Kirche gehen, Ihrem Gotte danken, daß Sie noch zwei warme Zimmer Ihr eigen nennen und auskömmlich zu essen haben.

Ich weiß wohl und möchte es auch gar nicht, daß Sie Ihre Ansichten von heute auf morgen nicht ändern können.

Diese Einsicht vorausgesetzt, bin ich überzeugt, daß Sie dann auch zur Erkenntnis gelangen würden, daß die Wege der Arbeiterschaft und des Mittelstandes zur Rettung die gleichen sein müssen.

Inzwischen aber bin ich Ihr sehr ergebener Waldemar.

20 Prozent der Schulen sind nur noch wenige Tage versorgt, 1,5 Prozent haben wegen Mangel an Kohlen geschlossen.

Auf Abbruch

Gestern habe ich gelesen, daß die englische Admiralität einige Hunderttausend Tons Kriegsschiffe mit allem Zubehör von kleinen, mittleren und großen Kanonen an einen deutschen Konzern auf Abbruch verkauft hat.

Es gibt ja allerdings auch Leute, die es für den Zweck eines Kriegsschiffes halten, samt Menschen und Kanonen unterzugehen. Die Berichterstatter, die es an Land ganz genau sehen können, pflegen mit Begeisterung den letzten Augenblick zu schildern, wenn der ganze Oberbau des Schiffes schon weggeschossen ist und zuguterlekt, erschöpft und blutend, nur noch ein Matrose an Deck ist.

Da die große Zeit nun vorüber ist, verkauft man die Schiffe als altes Eisen. Und einer jener Industrieconzerne, die so gut mit Nordwestzeiten zu verdienen verstehen, wird daraus Automobile und landwirtschaftliche Maschinen hergestellt.

Ich finde nur, daß diese Umarbeitung ein paar Jahre zu spät kommt. Ich glaube, wir wären alle besser weggekommen, wenn man die Schiffe schon so etwa um 1910 zu altem Eisen zerhackt hätte.

oder womöglich überhaupt nie vom Stapel gelassen hätte. Freilich hätten dann die letzten Matrosen nicht die Fahnen schwenken können.

Auflösung Berliner Selbstschußverbände

Der preussische Innenminister Severing hat, wie die P. P. N. hören, in einem Erlass an den Berliner Polizeipräsidenten folgendes verfügt:

„Gemäß § 1 des Gesetzes vom 22. März 1921 löse ich hierdurch mit Zustimmung der Reichsregierung den „Berliner Selbstschuß“ G. m. b. H. und den „Fallenbund“ (Selbstschuß Halleisches Tor), beide in Berlin, auf.“

Hierzu erfahren wir: Die Gründe, die die Behörden jetzt veranlaßt haben, die sofortige Auflösung der Organisationen zu verfügen, sind noch nicht bekannt.

Haltet den Dieb! Der Magistrat teilt mit: Zur Abwendung der Schäden, die die Stadtgemeinde durch häufige Einbruchsdiebstähle in öffentlichen Schulen und Turnhallen erleidet, sowie zur Verhütung vorläufiger Beschädigungen an Schulgrundstücken, legen wir hiermit eine Belohnung bis

Freundliche Einladung an alle Brillenbedürftigen.

Hiermit bitten wir höflich um Ihren werthen Besuch. Jede, selbst die gute Ruhrke-Fassung leidet im Gebrauch. Schrauben und Gläser lockern sich, die Feder löst sich, der Steg verschmüht und anderes. Solche Mängel müssen beseitigt werden, ehe kostspielige Reparaturen daraus entstehen.

Geschäfte, dann werden Sie Ihre Freude haben an dem korrekten Sitz, dem eleganten Aussehen Ihrer Anseher usw.

seitigen wir Ihnen gern kostenlos. Sehen Sie jetzt gleich nach, ob Ihr Augenpaar auch wirklich in Ordnung ist, falls nicht, dann kommen Sie bitte sofort zu uns.

Advertisement for eye care services with a list of 30 shops in Berlin, Hamburg, Düsseldorf, and Basel. The text reads: 'Sind's die Augen — geh zu Ruhrke!' followed by a grid of shop names and addresses.

Gewerkschaftliches

Wie sie kämpfen!

Nach Einowjewskem Muster!

Uns wird geschrieben: Mit einem gewissen Wohlbehagen schnappt die „Rote Fahne“ nach Berichten aus Gewerkschaften und Betrieben. Besonders richtet sie ihr Augenmerk auf „kommunistische Wählerfolge“ in den Gewerkschaften, und sie teilt dies in großen Lettern mit, wenn ihre Freunde irgendwo ein Mandat im Betriebsrat erobern. Aber um so größer ist der Schaden, wenn von Niederlagen ihrer Freunde Bericht erstattet wird.

Im Abendblatt vom 26. Januar 1922 der „Roten Fahne“, wird unter der Spitzmarke „Kampf gegen Kommunisten — Friede mit den Unternehmern“ ein Bericht über den Verlauf einer Versammlung im Bezirk Osten III des Deutschen Holzarbeiterverbandes gebracht, der nach der Devise „Halte den Dieb“ zu betrachten ist.

Unwählich finden im Holzarbeiterverband die Neuwahlen der Bezirks- und Branchenleitungen statt, die in diesem Jahr einheitlich auf den 19. Januar festgesetzt wurden. (Nicht, wie der Gewerkschaftsmann der „Roten Fahne“ schreibt, am 29. 12.) Im Vorjahr wurde unter der bekannten Wahlparole „Moskau oder Umsiedlung“ der Vögelersfeldzug gegen die sogenannten „gelben Gewerkschaften“ geführt. Unter Anleitung aller Kraft und Dirigieren aller ihrer Freunde von einer Versammlung zur anderen hatten die Kommunisten auch im Holzarbeiterverband sogenannte Erfolge, so auch u. a. am Bezirk Osten III, zu verzeichnen. Durch Festlegung eines einheitlichen Versammlungstermins konnten nun keine Truppenverschiebungen nach dem vorjährigen Muster vorgenommen werden, da das noch übriggebliebene Vordringen ihrer politischen Freunde an den Brennpunkten gebraucht wurde.

Der in obiger Versammlung vom Obmann Kless gegebene Jahresbericht spielte nur in Beschimpfungen der U. S. P. Kollegen. Trotzdem wurde von diesen, insbesondere von Kollegen Boese, darauf hingewiesen, daß auch die kommunistische Kommission nur mit Wasser kochen könne und sich mit den jeweiligen Wirtschaftsverhältnissen abzufinden habe, und bemerkte weiter in seinen Ausführungen, daß er für seine Person keinen Grund hätte, die Kommission nicht wiederzuwählen. Anders jedoch wurde seitens der Leitung der Wahlmodus aufgezoogen. Neben den alten Kommissionsmitgliedern waren jetzt 9 neue Vorschläge eingereicht, und als die Leitung von ihrer politischen Seite die notwendige Zahl durch Affirmation gewählt hatte, lehnte man es ab, auch über die übrigen eine Abstimmung vornehmen zu lassen. Das erregte bei den Versammlungsbesuchern einen ungeheuren Widerspruch, der darin seinen Abschluß fand, daß sämtliche Wähler erneut vorgenommen werden mußten, und zwar durch Stimmentausch. Hierbei sind die kommunistischen Kollegen nicht wiedergewählt worden, und zwar liegt der Grund in dem taktischen Verhalten des Kless und seiner Freunde. Der Gewerkschaftsmann der „Roten Fahne“ nimmt auf den letzten Streik im Holzgewerbe Bezug. Wir wollen nicht mit den „revolutionären Kampfern“ rechten, aber eines sei an dieser Stelle gesagt: Hätte der Streik denselben Fortgang genommen wie in der beschließenden Versammlung am 12. August, so wäre aus ihm der letzte Trümmerhaufen geworden, wie aus der kommunistischen Partei. Der Abschluß der Bewegung hat gezeigt, daß die „U. S. P. Strohpuppen“ doch anders zu bewerten sind, wie jene revolutionären Helden à la Eberlein.

Aber einen Erfolg kann sich die ehemalige kommunistische Bezirksleitung des Bezirks Osten III im Holzarbeiterverband zuschreiben: Sie hatte die Möglichkeit, ein Jahr lang einen Bezirk zu vertreten, um praktische Arbeit zu leisten. Wie diese im Bezirk geleistet worden ist, zeigt der Ausgang der Wahlen, indem jene Phrasen wieder dorthin befördert wurden, von wo sie kamen.

Soweit der Berichtschreiber auf den mit den Arbeitgebern ab 1. Januar geltenden und bis zum 28. Februar abgeschlossenen Lohnvertrag Bezug nimmt, sei nur bemerkt, daß diesen nicht die U. S. P. Strohpuppen versagt haben, sondern eine von über 1000 Funktionären besetzte Versammlung, die mit neun Zehntel Mehrheit diesen Beschluß gefaßt hat.

Damit ist dem demagogischen Vögelersfeldzug die Wahrheit entgegengestellt worden. Die Berliner Holzarbeiter sind der ihnen bisher aufgetriebenen Phrasen satt und werden auch bei den kommenden Wahlen denjenigen ihre Stimme geben, die in der Lage sind, wirklich praktische Arbeit zu leisten und sie werden sich auch nicht scheuen, demjenigen gegenüberzutreten, von dem sie annehmen, daß er die Gesamtinteressen der Kollegen nicht vertritt, ganz gleich, auf welcher politischen Seite er steht.

Zimmerer! Wir bitten alle Funktionäre und Vertrauensleute in den Bezirken sowohl als auch auf den Baustellen darauf hinzuwirken, daß der erhöhte Beitrag mit der 4. Beitragswoche d. Ja. beginnt. Weiter bitten wir, darauf hinzuweisen, daß die-

sentigen Mitglieder, welche ein neues Buch erhalten, laufend ihre Beitragsmarke laufen, damit sich keine Nachzahlung anhäuft. Volksgewordene Verbandsbücher müssen unbedingt sofort in Ordnung gebracht und beim Bezirkskassierer abgegeben werden. Desgleichen weisen wir nochmals auf die Kurse der Rätechule hin. Teilnehmerkarten sind vorrätig auf dem Verbandsbureau. Ankosten erstattet die Organisation nach Ablauf des Kurses zurück. Der Vorstand Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Berlin und Umg., Engelauer 25.

Ideeller Streikerfolg

Unterbrechung des Streiks der Reiseartikelbranche

In einer überfüllten Versammlung im großen Saal des Lehrereinschulhauses nahmen die Streikenden der Reiseartikelbranche Stellung zur Streikfrage. Blume referierte. Ausgehend von den Eisenacher Verhandlungen gezielte er das Verhalten der Unternehmer, welche die Absicht hatten, die Verhandlungen zu verschleppen. Die Berliner Kollegen waren sich klar, daß dem provozierenden Verhalten der Unternehmer ein Damm entgegengesetzt werden mußte und traten deshalb am Mittwoch geschlossen in den Streik. In der den Streik beschließenden Versammlung wurde bereits ein Telegramm versendet, welches Verhandlungen zum Montag, den 30. Januar, in Aussicht stellte. Jedoch nach dem bisherigen Verhalten der Unternehmer konnte eine wirkliche Garantie für das Stattfinden der Verhandlungen in dem Telegramm nicht erblickt werden, und die Kollegen blieben bei ihrer Stellungnahme. In Offenbach zwangen die Kollegen die Unternehmer an den Verhandlungstisch, und in einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Unternehmer haben sie das Versprechen, so schnell wie möglich eine Lohnverhandlung stattfinden zu lassen. Die Berliner Arbeitgeber setzen nun ebenfalls alle Hebel in Bewegung, um möglichst schnell zu Verhandlungen zu kommen. Da nun offiziell die Einladung zu den Verhandlungen in die Hände der Streikenden gelangte, beschloß die Streikleitung, der Versammlung zu empfehlen, so einmütig wie der Kampf beschlossen wurde, auch wieder die Arbeit aufzunehmen. Es kann gesagt werden, daß hier ein voller Erfolg davongetragen wurde, der die kommenden Verhandlungen günstig beeinflusst. Sollten die Erwartungen in Frankfurt nicht erfüllt werden, so behalten sich die Streikenden volle Handlungsfreiheit vor. — Die Arbeit wird Montag aufgenommen. Die Mitgliederbücher bleiben vorläufig auf dem Bureau. Der Streik gilt nur als unterbrochen, und die Verhandlungsergebnisse werden durch die Presse berichtet werden.

Betriebsräte!

Folgende wichtige Gruppenvollversammlungen finden im Laufe der Woche statt:

Montag, den 30. Januar, abends 7 Uhr, Gewerkschaftshaus, Engelauer 24, Saal 4: Gruppe 12 (Verkehr), Gruppe 8 (Landwirtschaft), Gruppe 9 (Lebensmittel).

Mittwoch, den 1. Februar, abends 7 Uhr, Neue Philharmonie, Köpenicker Str. 96: Gruppe 11 (Metallindustrie).

Donnerstag, den 2. Februar, abends 7 Uhr, Vereins- und Konferenzsäle (Arminshallen), Kommandantenstr. 58-59: Gruppe 4 (Chemische Industrie), Gruppe 6 (Graphisches Gewerbe).

Alle Genossen werden ersucht, an diesen wichtigen Versammlungen möglichst teilzunehmen.

Zum Streik der Schuhmacher

Die Friedrichstädter Maßbranche hatte in der Branchenversammlung am 28. Januar den Beschluß gefaßt, an die Arbeitgeber ein Ultimatum zu stellen, innerhalb drei Tage über die eingereichten Forderungen einer wöchentlichen Lohnzulage von 150 M. zu verhandeln, andernfalls die Arbeiterschaft am 28. Januar den Streik beschließen wird. Die Arbeitgeber haben auf dieses Ultimatum, das ihnen am 24. Januar übermittelt wurde, nicht geantwortet. Der Streik wurde infolgedessen am Freitag, den 27. Januar, beschlossen. Die Arbeitgeber glaubten genug getan zu haben, indem sie der Arbeiterschaft auf schriftlichem Wege eine Lohnerhöhung von 30 M. pro Woche angeboten hatten. Die Arbeiterschaft wies dies mit Entrüstung zurück und vertritt die Auffassung, daß die Arbeitgeber in der Lage sind, bei den von der Kundenschaft geforderten Preisen ohne Preiserhöhung die Forderungen reiflos bewilligen zu können.

Der Streik der Reparaturschuhmacher, der am 23. Januar eingeleitet hat, geht unermindert weiter. In der am Sonnabend, den 28. Januar, stattgefundenen Streikerversammlung wurde berichtet, daß eine große Anzahl von Betrieben bereits den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses durch Unterschrift anerkannt hat. Diese Geschäfte werden durch Aushang eines roten Plakates mit der Aufschrift „Hier sind die Forderungen der Gehilfen bewilligt“ kenntlich gemacht. Wir fordern daher alle Arbeiter auf, ihre Arbeiten nur in den Betrieben herstellen zu lassen, welche in dieser Weise zu erkennen sind, alle anderen Geschäfte sind streng zu meiden. Wir rufen der gesamten Arbeiterschaft zu: Hebt Soli-

darität in dem gerechten Kampfe der Reparaturschuhmacher, die um die nackte Existenz kämpfen. Unterstützt eure Arbeitsbrüder, denn deren Kampf ist auch euer Kampf.

Zariffrüchtige Unternehmer

Aussperrung der Glasbleiber Groß-Berlins

Am Sonnabend, den 21. d. M. wurde allen in den Schleifbetrieben Groß-Berlins Beschäftigten nach Schluß der Arbeitszeit mitgeteilt, daß vom Montag, den 23. d. M. die Betriebe geschlossen sind. Es kommen für den Zentralverband der Glasarbeiter 205 Aussperrte in Betracht. Da nun die Betriebe fast vollständig, einzelne überhaupt, ruhen, sind auch andere Organisationen in Mitleidenhaft gezogen, hauptsächlich die Glaser. Der Aussperrung liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Die Glasbleiber forderten eine Zulage von 4 M. pro Stunde. Die Unternehmerorganisation bot ab 1. Februar 1 M., ab 15. Februar 30 Pf. Die Branchenversammlung der Schleifer, Polierer und Beleger lehnte dieses Angebot einstimmig ab und so kam es am Montag zur Aussperrung. Es ist hier von jenen des Unternehmens der fragliche Tarifbruch begangen worden. Laut Tarifvertrag mußte derselbe von einer Seite ein Vierteljahr vorher gekündigt werden, aber was fragt ein wilfgewordenes Unternehmertum nach Tarifen, wenn es anderwärts andere Mittel anwenden kann, um seinen Zweck — Niederhaltung der Arbeiterschaft — zu erreichen. Es wird sich vielleicht kein Aussperrter mehr finden, der mit diesem tarifbrüchigen Unternehmertum je wieder einen Tarifvertrag abschließen wird. Wir wissen auch, daß das Großunternehmertum dahinter steckt, und der Name des Dr. Reumann belagt alles. Aber gemacht, die Berliner Glasbleifer haben bisher bewiesen, daß sie Kampferprob sind, und uns braucht nicht bange zu sein. 60 Kollegen teilen in den nächsten Tagen nach an'erhalb, und die Unternehmer mögen sehen, wenn der Kampf zu Ende ist, wie ihre Arbeit fertig wird.

Das Streikkomitee der Glasarbeiter.

Angestelltenarief der Metall-Industrie

Die ursprünglich für Sonnabend, den 28. Januar 1922, in Aussicht genommenen Verhandlungen zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und den Angestelltenorganisationen sind auf Montag, den 30. Januar, verlegt worden, weil am Sonnabend im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband stattfinden, welche Regulierung der Entlohnung der Arbeiter. Diese Verständigung zwischen dem IFA-Bund und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband erfolgte, um die Verhandlungen der Arbeiter sobald als möglich zum Abschluß kommen zu lassen. Das Ergebnis der Verhandlung über die neue Entlohnung der Angestellten wird in einer IFA-Funktionär- und Betriebsräte-Versammlung der Metall-Industrie am Dienstag, den 31. Januar abends 7 Uhr, in Haverlands Festsaal, Neue Friedrichstr. 35, bekanntgegeben werden. Ein zahlreiches Erscheinen aller Funktionäre ist unbedingt erforderlich. Allgemeiner freier Angestelltenbund.

U.S.P. Rohrleger und Helfer!

Am Dienstag, den 31. Januar, abends 6 Uhr, bei Krüger, Gimmritz, 1. wichtige Versammlung aller im D. M. B. organisierten U. S. P. D. Genossen. Wichtige Tagesordnung: Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimieren.

U. S. P. D. Beamte! Die Funktionäre der Sektion Post und Telegraphie sowie die Genossen auf anderen Sektoren werden gebeten, Kranspenden beim Genossen Holz, Parteibureau, Breite Str. 8/9, abzugeben. U. S. P. D. Beamtenwerbezentrale.

Der Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin, veranstaltet besondere Versammlungen in den Verwaltungsbezirken 11, 12, 17 und 19 für die Mitglieder aller Fachgruppen. Näheres unter Vereinslokalen.

Zentralverband der Maschinen- und Heizer, Geschäftsstelle Groß-Berlin. Am Donnerstag, den 2. Februar 1922, abends 6 Uhr, findet in der Neuen Philharmonie, Berlin, Köpenicker Str. 96-97, eine allgemeine Funktionärerversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Reichskonferenz, 2. Verschiedenes. Es ist Pflicht eines jeden dienstfreien Kollegen pünktlich zu der Versammlung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Gegen das Arbeitszeitgesetz. Eine Betriebsversammlung aller städtischen Angestellten von Buch und Umgegend beschloß am 23. d. Mts mit dem Entwurf des neuen Arbeitszeitgesetzes. Die Versammlung lehnte einstimmig den Entwurf ab und stellte u. a. die Forderung auf, daß, solange die Arbeitslosigkeit herrscht, der gesetzliche Sechstundentag unter Sicherstellung des Existenzminimums festgelegt werde. Weiter wurde die Erfassung der Sachwerte und die Umverteilung der politischen Gefangenen gefordert.

Verantwortlich für Politik und Revolution: Leo Dieckhoff, Berlin-Brickener; für Kommunistenpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: A. Genzel, Berlin; für den Internationalen und geschäftlichen Beziehungen: Ludwig Kommerling, Berlin - Verlagsvermittlung „Arbeit“ e. G. m. b. H. Berlin - Trud der Berliner Druckerei e. G. m. b. H. Berlin U. 2 - Ute Straße 5/6

Preis das Paket M. 7⁰⁰



Persil

das selbsttätige **Waschmittel** von unerreichter Wasch- und Bleichkraft.
Macht die Wäsche frisch und duftig, wie auf dem Rasen gebleicht.

Wäscht mühelos, schnell und billig!

Alleinige Fabrikanten: **HENKEL & CIE., DÜSSELDORF**,
auch der „Henko“, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.

Preis das Paket M. 7⁰⁰



Am Montag, den 30. Januar 1922, beginnt in unseren drei Warenhäusern
I. Brunnenstr. 188-190 * II. Reinickendorfer Str. 21 * III. Charlottenbg., Rosinenstr. 4

unserer diesjährige

Weißer Woche

Neußerst vorteilhafte Angebote in allen Lagern

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend e. G. m. b. H.

Zentrale: Berlin-Lichtenberg, Rittergutstraße 16-26 / Geschäftszeit von 9-6 Uhr / Verkauf nur an Mitglieder



